

# Japan und China

**Verbrechen gegen die Menschlichkeit  
anerkennen, nicht leugnen oder tabuisieren**



## Impressum

### Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0  
Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 9 471 400  
BLZ: 251 205 10  
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00  
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

**Text:** Ulrich Delius

**Redaktion:** Elena Thie, Hanno Schedler

**Layout:** Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

**Preis:** 5 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2014**

# **Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen, statt zu leugnen oder tabuisieren**

<b>1. Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>2. Japan: Kriegsverbrechen in China nicht beschönigen</b>	<b>8</b>
2.1 Umstrittener Besuch im Yasukuni-Schrein	9
2.2. Proteste und Unverständnis im Ausland	12
2.3 Verbrechen an Zwangsprostituierten nicht verharmlosen	13
2.4 Zwangsprostituierte klagen an	15
2.5 Millionen Menschen sterben während der japanischen Invasion und Besetzung Ost- und Südostasiens	17
2.6 Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Nanking	18
2.7 Schwerste Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht länger leugnen	20
2.8 Missbrauch von Zwangsarbeitern	21
2.9 Kriegsverbrechen an Kriegsgefangenen	22
2.10 Kriegsverbrechen der Einheit 731	22
2.11 Revisionismus und strategische Interessen	22
<b>3. China: Maos Verbrechen aufarbeiten</b>	<b>23</b>
3.1 Maos Erbe belastet Chinas Zukunft	26
3.2 Maos Herrschaft - Unendliches Leid und Terror	28
3.3 Blutige Machtergreifung	28
3.4 Das Schrecken der Laogai-Lager	29
3.5 Mit Terrorkampagnen Macht gefestigt	30
3.6 Hundert-Blumen-Bewegung	31
3.7 Sinisierung der Inneren Mongolei	32
3.8 Kampagne gegen "Rechtsabweichler" in Xinjiang (Ostturkestan)	32
3.9..Verfolgung und Zerstörung in Tibet	33
3.10 Mit einem "Großen Sprung nach vorne " in die Katastrophe	34
3.11 Uiguren fliehen aus ihrer Heimat	36
3.12 Folgen der Atomtests unüberschaubar	37
3.13 Kulturrevolution bringt noch mehr Willkür, Terror und Schrecken	39
3.14 Mongolen leiden besonders unter der Kulturrevolution	40



# 1. Zusammenfassung

Der Zweite Weltkrieg und Japans Besatzungspolitik in Ost- und Südostasien haben tiefe Wunden in vielen Staaten hinterlassen. Wer Frieden langfristig sichern und Versöhnung schaffen will, muss der Opfer der Gewalt gedenken. Zwar bekennt sich eine breite Öffentlichkeit in Japan zur Verantwortung des Landes für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, doch unter einflussreichen Politikern und Publizisten mehren sich die Stimmen, die Verbrechen kleinreden oder sogar ganz bestreiten. Engste Berater aus dem Kreis des japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe leugnen in aller Öffentlichkeit japanische Massaker und Zwangsprostitution in den 1930er und 1940er Jahren. Dies ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für alle Überlebenden und für die Angehörigen der Opfer, sondern auch eine nicht hinnehmbare Verzerrung geschichtlicher Fakten und eine offensichtliche Leugnung der Berichte unzähliger Augenzeugen.

Japan muss sich seiner Verantwortung für die Angriffskriege im Zweiten Weltkrieg stellen, denen alleine in China rund 14,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Zwangsprostitution der verharmlosend als „Trostfrauen“ bezeichneten 200.000 jungen Koreanerinnen und Chinesinnen darf nicht länger geleugnet oder verharmlost werden. Die wenigen Dutzend bis heute überlebenden ehemaligen Zwangsprostituierten sollten endlich eine formelle Entschuldigung erhalten und angemessen vom japanischen Staat entschädigt werden. Es ist erschreckend, dass Japans Regierung Ende Februar 2014 eine Historiker-Kommission einsetzte, die klären soll, ob junge Frauen tatsächlich von der Besatzungsarmee zur Prostitution gezwungen wurden. Auch die Zwangsarbeiter sollten endlich eine Entschädigung erhalten. Allein 150.000 Zwangsarbeiter aus der Mandschurei und 600.000 Zwangsverpflichtete aus Korea kamen aufgrund der harschen Arbeits- und Lebensbedingungen zu Tode.

Das Massaker von Nanking (Nanjing), bei dem rund 300.000 Chinesen getötet und 20.000 Frauen vergewaltigt wurden, ist eines der schlimmsten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des 20. Jahrhunderts. Es ist nicht hinnehmbar, dass führende japanische Publizisten, Wissenschaftler und Politiker ungestraft diese Massaker, Vergewaltigungen, willkürliche Tötungen von unbewaffneten Kriegsgefangenen, Plünderungen, Brandschatzungen in Nanking als Erfindung bezeichnen oder bewusst verharmlosen. So bestritt der Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, im Februar 2012 öffentlich die Existenz dieses Massakers. Aber Nanking war kein Einzelfall, sondern nur eines von tausenden Massakern, die japanische Besatzungstruppen in Ost- und Südostasien verübten.

138.000 Kriegsgefangene kamen in japanischem Gewahrsam zu Tode. Rund 12.000 Menschen aus besetzten Gebieten fielen medizinischen Versuchen japanischer Spezialeinheiten zum Opfer.

Viele Verantwortliche für diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden in dem Yasukuni-Schrein in Tokio als Kriegshelden gewürdigt, obwohl sie nach dem Zweiten

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

Weltkrieg von einem Tribunal als Kriegsverbrecher verurteilt wurden. Alle Angehörigen von Opfern dieser Verbrechen mussten den Besuch von Ministerpräsident Abe im Schrein im Dezember 2013 als Affront begreifen, ist doch der Schrein keine Kriegsgräberstätte, sondern ein Ort der Verherrlichung von Japans Angriffskriegen.

Nicht nur Japans politische Führung muss sich endlich rückhaltlos der Vergangenheit des Landes stellen und der Opfer der Gewalttaten gedenken. Auch in der Volksrepublik China wurden in den 65 Jahren seit der Staatsgründung schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die Millionen Menschen bis heute traumatisieren. Wer Japans Führung zu Recht auffordert, nicht wegzuschauen, sondern sich der Verantwortung für die im Namen des Landes begangenen Verbrechen zu stellen, sollte auch im eigenen Land mit gleichem Maßstab messen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht tabuisieren.

Als Staatspräsident Xi Jinping am 26. Dezember 2013 zum 120. Geburtstag von Mao Zedong den Gründer der Volksrepublik in einer Gedenkrede würdigte, erwähnte er einschränkend, Mao habe zum Ende seines Lebens einige Fehler begangen, die sein grandioses Lebenswerk aber nicht schmälerten. Hier irrt Xi Jinping: Willkür, Gewalt und Terror kennzeichneten Maos Herrschaft nicht nur in seinen letzten Lebensjahren. Verbrechen gegen die Menschlichkeit prägten Maos Wirken von seiner Machtübernahme und Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 bis zu seinem Tod im Jahr 1976. Historiker schätzen, dass seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zwischen 30 und 80 Millionen Chinesinnen und Chinesen zum Opfer gefallen sind. Bis heute sind Millionen Menschen noch immer tief traumatisiert, weil die Verbrechen tabuisiert statt aufgearbeitet werden und die Würde der meisten Opfer nicht wieder hergestellt wurde.

Die Kulturrevolution (1966 – 1976) mit ihren geschätzten 1,6 bis 7,7 Millionen Opfern machte ungeachtet ihrer kritischen Würdigung durch die heutigen Machthaber Chinas nur einen relativ kleinen Teil der Verbrechen aus. Die von Maos Politik herbeigeführte „Große Hungerkatastrophe“ (1958 – 1962) kostete Dutzende Millionen Menschen das Leben. Doch der in den 27 Jahren seiner Herrschaft alltägliche Terror begann schon unmittelbar nach der Machtübernahme der Kommunistischen Partei Chinas und der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949.

Im Rahmen von Kampagnen gegen vermeintliche „Konterrevolutionäre“ wurden unmittelbar nach der Machtübernahme mindestens 710.000 Menschen hingerichtet. Andere Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu drei Millionen Menschen exekutiert oder in den Selbstmord getrieben wurden. Mao ließ ein System von Laogai-Arbeitslagern aufbauen, in die bis zu ihrer offiziellen Auflösung im Dezember 2013 rund 45 Millionen Menschen eingewiesen wurden. Mindestens 20 bis 25 Millionen Lagerinsassen kamen aufgrund von Folter, harschen Arbeits- und Lebensbedingungen, Erschießungen und Selbstmord zu Tode.

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

Mit weiteren Terror- und Säuberungskampagnen festigte die Kommunistische Partei Anfang der 1950er Jahre ihre Herrschaft. Sie richteten sich vor allem gegen Großbauern, Schriftsteller, Künstler, Ingenieure, Firmenchefs und interne Kritiker. Mao selbst erklärte im Jahr 1957, 800.000 „Konterrevolutionäre“ seien liquidiert worden. Mit der „Hundert-Blumen-Bewegung“ (1956 – 1957) setzte er die Eliminierung weiterer Kritiker fort. So wurden nach einer vermeintlichen Liberalisierung rund 700.000 Funktionäre der Kommunistischen Partei aus ihren Ämtern entfernt, in Arbeitslager eingewiesen, unter Hausarrest gestellt oder in den Selbstmord getrieben, weil sie Maos Ermutigungen geglaubt und zu freimütig Kritik geäußert hatten. In Xinjiang (Ostturkestan) wurde die „Hundert-Blumen-Bewegung“ zur Eliminierung von uigurischen Kadern lanciert. Gegen rund 100.000 Angehörige der Minderheit wurden Verfahren eingeleitet, 830 Uiguren wurden verhaftet und 53 hingerichtet.

Durch die Kollektivierung der Landwirtschaft verloren Millionen Nomaden in der Inneren Mongolei, in Tibet und Xinjiang (Ostturkestan) ihr Weideland und wurden in ihrer Existenz bedroht. Im völkerrechtswidrig besetzten Tibet fielen der blutigen Niederschlagung des Volksaufstands der Tibeter im März 1959 86.000 Menschen zum Opfer. Durch Maos Kampagnen starben in Tibet bis zum Jahr 1965 mehr als 173.000 Menschen in Gefängnissen, weitere 156.000 wurden aufgrund ihrer ethnischen Abstammung hingerichtet, 343.000 Personen verhungerten. 432.000 Menschen wurden bei Kämpfen und Aufständen getötet. Fast jedes der 6.254 buddhistischen Klöster und Tempel wurde schon vor Beginn der Kulturrevolution entweiht, geplündert und zerstört.

Maos Programm „Großer Sprung nach vorne“ (1958 – 1962) sollte die Industrialisierung des Landes zu Ungunsten der Landwirtschaft beschleunigen. Das verfehlte Programm führte zu einer katastrophalen Hungersnot, der nach Schätzungen von Historikern zwischen 22 und 55 Millionen zum Opfer fielen. Chinesische Historiker verweisen darauf, dass die katastrophalen Folgen dieses Massenmordes bis heute in den ländlichen Regionen Chinas spürbar sind. Rund 500.000 Uiguren flohen vor Hunger und Repression in die Sowjetunion.

Uiguren waren es auch erneut, die unter Chinas ehrgeizigem Atomprogramm und den bis heute ungeklärten Folgen chinesischer Kernwaffenversuche besonders zu leiden hatten. Wissenschaftler schätzen, dass bis zu 190.000 Menschen aufgrund radioaktiver Verstrahlung gestorben sein könnten. Eine umfassende unabhängige Untersuchung der medizinischen und ökologischen Folgen wird bis heute von den chinesischen Behörden nicht gestattet. Von den Verstrahlungen sind auch 100.000 chinesische Soldaten betroffen, die ohne Schutzausrüstung den Atomtests ausgesetzt wurden.

Die von Mao angeregte „Große Proletarische Kulturrevolution“ (1966 – 1976) brachte in China unsägliches Leid über Millionen Familien. Gefürchtet waren vor allem die Willkür und der Terror der „Roten Garden“, die öffentlich nach Belieben Menschen wegen vermeintlicher Verbrechen anprangerten und ihre Existenz zerstörten. Besonders unter dem staatlich sanktionierten und geschürten Terror litten die Mongolen in der Inneren Mongolei: Sie hatten mindestens 300.000 Verletzte und 20.000 Tote zu beklagen.

Dringend müssen diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in der Mao-Ära begangen wurden, aufgearbeitet werden, so lange die Augenzeugen noch leben. Sonst werden die Traumata fortbestehen und den Frieden und die Verständigung in der Volksrepublik China behindern.

## 2. Japan: Kriegsverbrechen in China nicht beschönigen

Als im Februar 2014 der japanische Bestseller-Autor Naoki Hyakuta in Wahlkampfreden für einen rechtsgerichteten Kandidaten für die Gouverneurswahl in Tokio behauptete, das berüchtigte Massaker japanischer Truppen in der chinesischen Stadt Nanking (dem heutigen Nanjing) im Jahr 1937 habe niemals stattgefunden, protestierten tausende Japaner. Der Schriftsteller behauptete, die Regierung der USA haben die vermeintlichen Verbrechen frei erfunden, um von eigenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie der Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis mit Atombomben, abzulenken. Abgeordnete der japanischen Oppositionsparteien forderten daraufhin eine Parlamentsdebatte.

Der umstrittene Autor ist mit Japans Ministerpräsident Shinzo Abe befreundet und wurde von ihm kürzlich als Mitglied des zwölfköpfigen Rundfunkrates der nationalen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft *Japan Broadcasting Corporation (NHK)* berufen. Die US-Botschaft in Tokio bezeichnete den Vorwurf als „grotesk“ (*The Japan Times*, 9.2.2014).

Nur wenige Tage später löste der neue *NHK*-Intendant Katsuto Momii Empörung aus, als er erklärte, nicht nur Japan, sondern alle Konfliktparteien im Zweiten Weltkrieg hätten „Trostfrauen“ besessen (*New York Times*, 20.2.2014). Mit dem in Japan gebräuchlichen verharmlosenden Begriff werden Bordelle mit Zwangsprostituierten für japanische Soldaten und Verwaltungskräfte in besetzten Kriegsgebieten umschrieben. Dies deckt sich jedoch nicht mit der Einschätzung von Historikern, die darauf hinweisen, dass andere Konfliktparteien im Zweiten Weltkrieg zwar Bordelle duldeten, solche aber nicht gezielt durch Zwangsprostitution selbst aufbauten.

Auch ein anderes Mitglied des *NHK*-Rundfunkrates, Michiko Hasegawa, scheint ein seltsames Verständnis japanischer Zeitgeschichte und Japans Rolle im Zweiten Weltkrieg zu haben. Der emeritierte Professor für Japanische Kulturwissenschaften pries jüngst in einem Essay den Führer einer nationalistischen Gruppe, der im Jahr 1993 in den Redaktionsräumen einer angesehenen Zeitung in Tokio rituellen Selbstmord beging. Mit seinem Freitod wollte der Aktivist gegen negative Berichterstattung über nationalistische Bewegungen in Japan protestieren und an die japanischen Kamikaze-Kämpfer im Zweiten Weltkrieg erinnern.

## 2.1 Umstrittener Besuch im *Yasukuni*-Schrein



Ministerpräsident Abe grenzt sich von diesen immer lauter werdenden revisionistischen Stimmen in führenden Medien und politischen Bewegungen Japans nicht ab, sondern fördert diese zunehmende nationalistische Stimmung. So sorgte er am 26. Dezember 2013 mit seinem umstrittenen Besuch des *Yasukuni*-Schreins (Foto oben) für schwere Proteste in den Staaten, die besonders unter Japans Invasion und brutaler Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg gelitten hatten. Vor allem in China und Südkorea stieß der Besuch nicht nur bei den Regierungen und vielen Politikern, sondern auch in der breiten Bevölkerung auf Protest. In dem religiösen Schrein des Shintoismus wird der Seelen von 2,5 Millionen Japanern gedacht, die zwischen 1867 und 1951 für die japanischen Kaiser in Kriegen gefallen sind. Unter ihnen befinden sich auch japanische Kriegsverbrecher im Sinne *des Internationalen Militärgerichts für den Fernen Osten“ (IMTFE)*, das zwischen dem 29. April 1946 und dem 12. November 1948 in Tokio über die individuelle Schuld von fast 6.000 Angeklagten für Kriegsverbrechen entschied. Solche Gerichtsverfahren gegen mögliche Kriegsverbrecher gab es auch in dreizehn Städten in China, in denen mehr als 500 Schuldsprüche ergingen und 149 Personen hingerichtet wurden.

Dabei unterschied das *IMTFE* hat zwischen drei Gruppen von Kriegsverbrechen. Als Kriegsverbrechen der Kategorie A wurden „Verbrechen gegen den Frieden“ gewertet. Damit sollten vor allem Verantwortliche für den Beginn eines Angriffskrieges zur Rechenschaft gezogen werden. 28 Japaner wurden wegen dieses Verbrechens angeklagt. Unter ihnen

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

waren ehemalige Ministerpräsidenten, Außen- und Kriegsminister, Generäle, Botschafter und ein Berater des Kaisers. Vierzehn berüchtigte Kriegsverbrecher der Klasse A, die „Verbrechen gegen den Frieden“ begangen haben, werden in dem *Yasukuni*-Schrein verehrt:

General Hideki Tojo (1884 – 1948) war nicht nur lange Geheimdienstchef in der japanisch besetzten Mandschurei, sondern auch vier Jahre lang Kriegsminister und Ministerpräsident Japans. Er trug die Hauptverantwortung für den japanischen Angriffskrieg im Pazifik sowie für die Besetzung weiter Teile Chinas. Als Rüstungs- und Industrieminister war auch Nobusuke Kishi, der Großvater des heutigen Regierungschefs Abe, im Kriegskabinett von General Tojo. Abe hat mehrfach betont, dass er den Verwandten als sein großes Vorbild sieht;

General Heitaro Kimura (1888 - 1948) war stellvertretender Kriegsminister, gehörte dem Obersten Kriegsrat Japans an und plante die Kriegszüge in China und im Pazifik. Er war für den gewaltsamen Tod von tausenden Kriegsgefangenen verantwortlich;

General Akira Muto (1892 – 1948) war stellvertretender Oberkommandierender der Invasionstruppen in China. Unter seiner Verantwortung standen die japanischen Truppen, die im chinesischen Nanking Massaker verübten;

General Iwane Matsui (1878 – 1948) war Kommandeur der Invasionstruppen in China 1937/38. Truppen unter seinem Oberkommando waren an dem Blutbad in Nanking beteiligt. Im Jahr 1938 schied der General aus dem aktiven Militärdienst aus;

General Seishiro Itagaki (1885 – 1948) war 1936/37 Kriegsminister und wurde später Oberkommandeur der japanischen Truppen in Korea und gehörte dem Obersten Kriegsrat an. Truppen unter seinem Kommando ermordeten viele Zivilisten und Kriegsgefangenen in China und im heutigen Malaysia und Indonesien;

Baron Koki Hirota (1878 – 1948) war Japans Außenminister während des Massakers in Nanking und später Ministerpräsident. Er plante mit seinem Regierungskabinett die Invasionen Japans in Südostasien und auf den Pazifischen Inseln;

General Kenji Doihara (1883 – 1948) war Kommandeur von Truppen in der Mandschurei und gehörte dem Obersten Kriegsrat an. Später war er berüchtigt für unmenschliche Kriegsgefangenenlager im heutigen Indonesien und Malaysia;

General Yoshijiro Umezu (1882 – 1949) war Oberbefehlshaber der Invasionstruppen in China und stellvertretender Kriegsminister. Auch war er fünf Jahre lang Oberkommandierender der Streitkräfte;

General Kuniaki Koiso (1880 – 1950) war lange Zeit Gouverneur im japanisch besetzten Korea und dort wegen seiner großen Brutalität berüchtigt. Zuvor war er auch mehrfach Minister. In den letzten zwei Kriegsjahren war er Ministerpräsident und

Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

wusste von den Todeslagern, in denen Kriegsgefangene unter unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Bedingungen festgehalten wurden;

Der Diplomat Toshio Shiratori (1887 – 1949) war lange Botschafter und später Leiter der Informationsabteilung im japanischen Außenministerium. Von 1938 bis 1940 war er Berater des Außenministers und setzte sich für Japans Invasion in Ostasien, Südostasien und auf den Pazifischen Inseln ein;

Baron Kichiro Hiranuma (1867 – 1952) war Gründer einer rechtsgerichteten Bewegung, die Japans Nationalismus beflügelte. Auch war er als Ministerpräsident und als Innenminister tätig;

General Hideki Togo (1884 – 1948) war Botschafter in Deutschland und der Sowjetunion und 1941/42 Außenminister.

Diese vierzehn Kriegsverbrecher der Kategorie A sind entweder während ihrer Gerichtsverfahren oder im Gefängnis gestorben oder wurden nach ihrer Urteilsverkündung hingerichtet. Weitere vierzehn ranghohe japanische Militärs oder Politiker wurden ebenfalls wegen Verbrechen der Kategorie A vor dem *IMTFE* angeklagt, aber nicht verurteilt.

Darüber hinaus wurden mehr als 5.700 japanische Staatsbürger von dem Tribunal wegen Kriegsverbrechen der Kategorie B und C angeklagt. Als Verbrechen der Kategorie B wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Grausamkeiten vor allem bei der Behandlung von Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung angesehen. Als Kriegsverbrecher gemäß der Kategorie C galten Personen in der Befehlsstruktur und Verwaltung, die Menschenrechtsverletzungen nicht verhinderten.

Insgesamt sind unter den im *Yasukuni*-Schrein aufgeführten Gefallenen 1.068 japanische Soldaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden. Die meisten dieser Offiziere und Soldaten waren für schwerste Menschenrechtsverletzungen japanischer Truppen in den besetzten Gebieten in China und Südostasien verantwortlich.

Auf dem Gelände des Shinto-Schreins befindet sich auch das Kriegsmuseum *Yushukan*, in dem nicht nur Dokumente, sondern auch Kriegsrelikte und Rüstungsgüter aus dem Zweiten Weltkrieg ausgestellt werden. So werden auch ein Flugzeug und ein Torpedo, mit dem Kamikaze-Kämpfer Selbstmordanschläge ausführten, dargeboten. Die japanische Hochrüstung und die Invasionskriege Japans werden unkritisch und ohne Bezug zu den Millionen Opfern des Zweiten Weltkriegs in Ostasien, Südostasien und auf den Pazifischen Inseln dargestellt. So ist es nachvollziehbar, dass das chinesische Außenministerium den *Yasukuni*-Schrein kritisiert, weil er der „Verherrlichung von Japans Militärintervention und Kolonisierung“ diene.

## 2.2 Proteste und Unverständnis im Ausland

Die Visite des japanischen Ministerpräsidenten am 26. Dezember 2013 war der erste Besuch eines amtierenden japanischen Regierungschefs in dem Schrein, seit sein Amtsvorgänger Junichiro Koizumi im Jahr 2006 zum Gedenken an das Kriegsende die umstrittene Gedenkstätte aufgesucht hatte. Abe relativierte die politische Bedeutung seiner Geste und bekräftigte, er habe in dem Schrein nur gebetet, um den im Krieg Gefallenen seine Ehre zu erweisen. Er hoffe, dass sie in Frieden ruhen. Es sei nicht seine Absicht gewesen, die Gefühle des chinesischen oder koreanischen Volkes zu verletzen. Niemals dürfe Japan wieder einen Krieg beginnen. Doch trotz dieser beschwichtigenden Worte ließen Proteste aus den Nachbarstaaten nicht lange auf sich warten.

Zwar hatte Abe als Oppositionspolitiker bereits den Schrein in der Innenstadt von Tokio besucht, aber sein symbolträchtiger 15minütiger Besuch als Ministerpräsident ein Jahr nach seiner Übernahme der Regierungsgeschäfte blieb nicht unbemerkt. Südkoreas Kulturminister Yoo Jinryong kritisierte den Besuch in scharfen Worten als „anachronistische Tat, die nicht nur die Beziehungen zwischen Südkorea und Japan beeinträchtigt, sondern auch der Stabilität und Kooperation in Nordostasien schadet.“ (*Associated Press*, 26.12.2014)

Noch deutlicher wurde der chinesische Außenminister Wang Yi, der Abe vorwarf, mit seinem Besuch die ohnehin schon angespannten chinesisch-japanischen Beziehungen noch weiter zu belasten. Japan müsse bereit sein, die Verantwortung für alle Folgen, die diese Geste auslöse, zu übernehmen. „Was Abe getan hat, führt Japan in eine sehr gefährliche Richtung“, erklärte Chinas Außenminister. „Lehren aus der Geschichte müssen gezogen werden. Die internationale Gemeinschaft und China müssen ihre Wachsamkeit erhöhen und dürfen niemals erlauben, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht wird.“ (*Associated Press*, 26.12.2013). Ein Besuch von Ministerpräsident Abe sei in China nicht willkommen, erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums unmittelbar nach der Visite in dem Shinto-Schrein (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.12.2013). Als Voraussetzung für chinesisch-japanische Gespräche verlangt die chinesische Führung nun, dass der japanische Regierungschef „seinen Fehler“ gegenüber der chinesischen Regierung und dem chinesischen Volk einräumen müsse. Abe müsse sich von der Vergangenheit lösen und einen neuen Anfang machen.

Auch die US-Botschaft in Japan zeigte sich besorgt über die Geste des japanischen Ministerpräsidenten und erklärte, Japans Führung trage mit ihrem Verhalten zu einer Verschärfung der Spannungen mit ihren Nachbarstaaten bei. Die US-Regierung fürchtet vor allem, Südkorea könnte sich aufgrund der umstrittenen japanischen Äußerungen zum Zweiten Weltkrieg von den westlichen Staaten abwenden und mehr Unterstützung bei der Volksrepublik China suchen, da beide Staaten massiv unter Japans Invasion und Besatzungspolitik gelitten haben.

Seiichi Eto, ein enger Berater von Ministerpräsident Abe, machte aus seiner Verärgerung über die amerikanische Reaktion auf den *Yasukuni*-Besuch keinen Hehl und veröffentlichte

ein Video auf *Youtube*, in dem er erklärte: „Wir sind enttäuscht darüber, dass die USA geäußert haben, unzufrieden zu sein. (...) Warum kümmern sich die USA nicht mehr um ihren Verbündeten Japan? (...) Die USA drohen zu einer Nation zu werden, die China nichts mehr sagen kann.“ (*Asahi Shimbun*, 20.2.2014). Der Chef-Koordinator des japanischen Kabinetts, Yoshihide Suga, hatte allergrößte Mühe die Wogen der diplomatischen Verstimmung zwischen den USA und Japan wieder zu glätten und setzte eine unverzügliche Löschung des umstrittenen *Youtube*-Videos durch.

Verwunderung löste auch bei der US-Regierung ein Versuch der Rechtfertigung des *Yasukuni*-Besuchs durch Abes Wirtschaftsberater Etsuro Honda aus, der in einem Interview behauptete, Japan brauche eine starke Wirtschaft, um militärisch noch stärker zu werden und sich gegenüber China behaupten zu können (*Reuters*, 20.2.2014). Noch mehr Unverständnis und Verärgerung kam in Washingtoner Regierungskreisen auf, als ein enger Berater von Abe gegenüber den US-Behörden beschwichtigend einwandte, der *Yasukuni*-Schrein sei in seiner Bedeutung in Japan vergleichbar mit dem Nationalfriedhof Arlington in Virginia nahe der US-Hauptstadt. Barsch wies man aus Amerika diesen wenig stichhaltigen Vergleich zurück (*The National Interest*, 16.1.2014). Der US-Friedhof will nicht moralisch oder politisch über die US-amerikanische Beteiligung an Kriegen oder bewaffneten Interventionen oder über einzelne dort beerdigte Soldaten urteilen. Arlington wird in den USA streng von politischen Aussagen zur Tagespolitik getrennt, während der *Yasukuni*-Schrein für die Ablehnung der Urteile in den Kriegsverbrecherprozessen des *IMTFE* steht, die als „Sieger-Justiz“ empfunden werden. Schwerste Menschenrechtsverletzungen werden in dem Schrein und beigeordneten Museum verharmlost. Japans Aggressionspolitik wird idealisiert.

### **2.3 Verbrechen an Zwangsprostituierten nicht verharmlosen**

Weltweite Empörung löste die Ankündigung des Chef-Koordinators des japanischen Kabinetts, Yoshihide Suga, aus, der am 28. Februar 2014 ankündigte, Japan werde prüfen lassen, ob eine im Jahr 1993 verfasste Entschuldigung Japans für das Leiden der „Trostfrauen“ angemessen gewesen sei (*New York Times*, 28.2.2014). Ein Gremium von Historikern solle nun untersuchen, welche historischen Beweise der damaligen Entschuldigung zugrunde lagen. Rechtskonservative Parlamentsabgeordnete der *Restaurations-Partei* fordern seit Monaten eine Rücknahme der nach dem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Präsidenten der *einflussreichen Liberal-Demokratischen Partei (LDP)* Yohei Kono benannten Kono-Erklärung. Die Nationalisten behaupten, die Entschuldigung beruhe auf falschen Augenzeugen-Berichten von Südkoreanerinnen. Die damalige Erklärung fusste auf den Aussagen von 16 in Bordelle verschleppten Südkoreanerinnen.

Japan hatte sich in der Kono-Erklärung dafür entschuldigt, dass die kaiserliche Armee direkt oder indirekt bei dem Aufbau und der Unterhaltung von Bordellen an der Kriegsfront oder in besetzten Gebieten mitgewirkt hatte. Auch entschuldigte sich Japan dafür, Frauen in diese Bordelle gebracht zu haben. Historiker gehen davon aus, dass rund 200.000 vornehmlich

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

sehr junge Koreanerinnen und Chinesinnen sowie Frauen aus anderen Ländern zwangsweise in diese Bordelle gebracht wurden, um den japanischen Soldaten als Sexsklavinnen zu dienen. Dort lebten sie im Elend und in einer Atmosphäre des Zwangs, heißt es in der Erklärung. Die nicht zu leugnenden Taten der Militärbehörden hätten die Ehre und Würde vieler Frauen tief verletzt.

Scharfe Kritik an der Einrichtung der Experten-Kommission übte der ehemalige japanische Ministerpräsident Tomiichi Murayama. Der sozialistische Politiker hatte in seiner Amtszeit als Regierungschef im Jahr 1995 anlässlich des 50. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs eine eigene Entschuldigung für die von Japan verursachten Leiden vor und während des Zweiten Weltkriegs abgegeben. Der frühere Regierungschef forderte Abe auf, sich sowohl zur Kono- als auch zur Murayama-Erklärung zu bekennen (*Washington Post*, 27.2.2014). Murayama erinnerte daran, dass seine Entschuldigung bislang von zehn ihm im Amt nachfolgenden Ministerpräsidenten respektiert und bekräftigt worden sei. Ministerpräsident Abe hatte sie während seiner Amtszeit als Regierungschef im Jahr 2007 nicht in Frage gestellt. „Niemand kann die Murayama-Erklärung leugnen“, erklärte der frühere Ministerpräsident unmittelbar nach der Ankündigung der Regierung Abe bei einem der wenigen öffentlichen Auftritte seit seinem Rückzug aus der Politik.

Nur zwei Wochen vor der umstrittenen Ankündigung einer Experten-Kommission hatte der 89 Jahre alte Murayama in Südkorea noch drei überlebende Zwangsprostituierte getroffen und ihnen sein Mitgefühl versichert (*CNN*, 14.2.2014). Die Frauen wiederholten dabei ihren Wunsch nach einer offiziellen Entschuldigung Japans und nach Zahlung einer Entschädigung. Von den rund 200.000 in die Bordelle verschleppten Frauen leben heute in Südkorea nur noch 55. Erst Anfang Februar 2014 war mit der 89 Jahre alten Hwang Keum-ja erneut eine ehemalige Zwangsprostituierte gestorben.

Der nationalistische Bürgermeister der japanischen Millionenstadt Osaka, Toru Hashimoto, löste im Mai 2013 Empörung aus, als er erklärte, „Trostfrauen“ hätten der Erholung der tapferen Soldaten gedient und seien notwendig gewesen. „Wenn man Soldaten, die unter Bedingungen, bei denen Kugeln herumfliegen wie Regen und Wind, ihr Leben riskierten, ausruhen lassen will, war ein System der Trostfrauen notwendig. Das ist jedem klar“, sagte Hashimoto (*Der Standard*, 14.5.2013). Der Bürgermeister, der auch Ko-Vorsitzender der *Japan Restoration Party* ist, bezweifelte kürzlich öffentlich, dass die Frauen zur Prostitution gezwungen worden seien. Es gebe keinerlei Beweise für die Anwendung von Zwang (*Xinhua*, 24.2.2014).

China hatte gemeinsam mit Südkorea und anderen asiatischen Staaten noch im Januar 2014 eine offizielle Entschuldigung Japans für die Zwangsprostituierten im Zweiten Weltkrieg gefordert (*China Radio International*, 16.1.2014). Südkoreas Außenminister Yun Byung-se warnte Japan in einer Rede vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf im März 2014 vor einer internationalen Isolierung, sollte das Land das Schicksal von Sexsklavinnen während des Zweiten Weltkriegs noch länger ignorieren. Japans zunehmender

Nationalismus sei ein „Affront für die Menschheit“ (*Korea Times*, 7.3.2014). Das Schicksal der „Trostfrauen“ sei kein bilaterales Problem zwischen Japan und Südkorea, sondern eine weltweite Frage der Menschenrechte für die gesamte internationale Gemeinschaft.

Verärgert reagierte auch die südkoreanische Staatspräsidentin Park Geun-hye, die Japans Ministerpräsidenten aufforderte, sich „ehrenhaft und mutig der Geschichte der Aggression seines Landes im frühen 20. Jahrhundert“ zu stellen (*New York Times*, 1.3.2014). „Wahrer Mut liegt nicht im Leugnen des Vergangenen, sondern im Annehmen der Geschichte, so wie sie war, und im Weitergeben dieses korrekten Geschichtsbildes an nachfolgende Generationen“, erklärte Park. Seit der Regierungsübernahme von Abe weigert sich die südkoreanische Präsidentin, mit dem japanischen Ministerpräsidenten zusammenzutreffen. Vor dem Hintergrund einer massiven Verschlechterung der bilateralen Beziehungen forderte sie Japan immer wieder auf, sich für den Missbrauch der Zwangsprostituierten endlich offiziell zu entschuldigen und die Überlebenden endlich zu entschädigen.

Japan lehnt eine Entschädigung der „Trostfrauen“ jedoch kategorisch ab. Alle Entschädigungszahlungen, die Folge von Japans Kolonialherrschaft über Korea zwischen den Jahren 1910 und 1945 seien, seien mit der Unterzeichnung eines bilateralen Vertrages im Jahr 1965 abgegolten, erklärt Tokio. Die japanische Regierung lässt dabei unberücksichtigt, dass das dramatische Schicksal der Zwangsprostituierten erst ab dem Jahr 1991 bekannt wurde, als Betroffene erstmals den Mut fanden, über ihren Leidensweg in der Öffentlichkeit zu berichten. Japanische Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte haben seit Bekanntwerden der ersten Fälle von Zwangsprostitution im Zweiten Weltkrieg im Namen der Überlebenden neun große Sammelklagen gegen den japanischen Staat angestrengt, um Entschädigungen zu erwirken. Viele Opfer kamen für die Prozesse nach Tokio, um vor Gericht auszusagen. Doch alle Verfahren blieben erfolglos, weil Japan in bilateralen Verträgen mit den ehemaligen Kriegsgegnern alle weiteren Ansprüche ausgeschlossen hatte. Im April 2007 entschied das Höchste Gericht Japans, dass die „Trostfrauen“ keinen Anspruch auf Entschädigung haben.

## **2.4 Zwangsprostituierte klagen an**

Es war im August 1991, als Kim Hak-soon als erste Betroffene wagte, vor den Medien über ihr Schicksal zu berichten. „Wir müssen diese Sünden festhalten, die uns aufgezwungen wurden“, erklärte Kim nach 46 Jahren des Schweigens auf einer Pressekonferenz. Die 1924 geborene Kim wurde im Alter von 17 Jahren mit einer Freundin von ihrem Stiefvater nach China gebracht, um dort als Hostess zu arbeiten. Von japanischen Soldaten wurden beide entführt, um in einem Bordell als Zwangsprostituierte für die japanischen Besatzer zu arbeiten. Vier Monate lang musste sie in zwei Bordellen als Sexsklavin arbeiten, bevor sie einen Koreaner kennenlernte, der ihr bei der Flucht half und sie später heiratete. Kim starb im Jahr 1997.

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

Das Martyrium der meisten Zwangsprostituierten dauerte noch viel länger. So musste die nur 15 Jahre alte Hotelangestellte Yi Ok-seon aus Ulsan in Südkorea drei Jahre lang als Zwangsprostituierte arbeiten, nachdem sie von einem Japaner und einem koreanischen Komplizen in ein Militär-Bordell nach Yanji in Nordwest-China gebracht worden war. Immer wieder bekam sie ein Medikament gegen Syphilis gespritzt, das später zur Folge hatte, dass sie keine Kinder mehr gebären konnte. Auch musste ihre Gebärmutter entfernt werden. „Sie haben uns mit Gewalt in die Bordelle gebracht“, versichert die heute 87 Jahre alte Yi. Nach Japans Niederlage blieb Yi in China und heiratete einen Koreaner. Im Jahr 2000 kehrte sie nach Südkorea zurück und lebt seither mit acht früheren Zwangsprostituierten gemeinsam in einer Betreuungseinrichtung für ehemalige Sexsklavinnen in der Nähe der Hauptstadt Seoul.

Mit ihr wohnt Yu Hui-nam, die im Alter von 16 Jahren nach Osaka in Japan gebracht wurde, um dort in einem Bordell zu arbeiten. „Wir wurden regelrecht ausgeknipst, wie eine Blume, die gepflückt wird vor ihrer Blüte“, erklärte Yu. „Sie nahmen uns alles. Wenn ich daran zurückdenke, empfinde ich nur unendlichen Schmerz. Wir lebten nicht als menschliche Wesen.“ Die heute 84 Jahre alte Frau konnte viele Jahre nicht über das Erlittene erzählen, so sehr schämte sie sich. „Niemals war ich glücklich oder empfand Freude“, erklärte Yu. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollte Yu zunächst aus Scham auch nicht in ihre Heimatstadt in Südkorea zurückkehren. Schließlich überzeugten sie Verwandte, doch zurückzukommen, aber sie sprach erst über das Erlittene, nachdem andere ehemalige Zwangsprostituierte über ihren Leidensweg berichtet hatten.

Beide Frauen weigerten sich, 14.200 Euro Entschädigung vom *Asiatischen Frauen-Fonds* zu empfangen, der 1995 vor allem mit Spenden von Privatleuten aufgebaut worden war, um den ehemaligen Zwangsprostituierten eine kleine Entschädigung zur Verfügung zu stellen. Von den elf Millionen Euro, die zur Verfügung gestellt wurden, stammten nur sechs Millionen Euro aus Steuergeldern. Die Summe wurde ausdrücklich nicht als „Entschädigung“ bezeichnet, sondern als „medizinische Unterstützung und Sozialhilfe“. Der Fonds wurde im März 2007 aufgelöst, weil die japanische Regierung das Problem als verjährt ansah. Aus den Mitteln des Fonds sind nur 60 der 207 von den südkoreanischen Behörden als ehemalige Zwangsprostituierte identifizierte Frauen entschädigt worden. Wie viele andere Frauen wollten Yu und Yi das Geld allerdings nicht annehmen, sondern bestehen auf einer Entschädigung durch den japanischen Staat. Denn den Frauen geht es nicht vordringlich um Geld, sondern um Gerechtigkeit. „Wir sind menschliche Zeugen des „Trostrfrauen-Systems“. Die Japaner sollten sich angemessen bei uns entschuldigen bevor wir sterben, anstatt zu versuchen, die Fakten zu leugnen. Die Welt schaut auf sie. Wir wurden weggenommen als wir Jugendliche waren. Nichts kann uns unsere Kindheit zurückgeben“, sagt Yu.

Auch in China gab es tausende Frauen, die von japanischen Soldaten als Zwangsprostituierte missbraucht wurden. Anderthalb Jahre musste die im Jahr 1928 geborene Lei Guiying aus der Nähe von Nanking in einem Militärbordell arbeiten. Durch mehrere Schicksalsschläge war das zwölfjährige Mädchen von seinen Eltern getrennt worden und geriet an die Betreiber eines Militärbordells. Zwölf Mädchen mussten dort als Sexsklavinnen arbeiten. Zunächst

wurde Lei wegen ihres jungen Alters geschont, doch dann wurde auch sie als Zwangsprostituierte missbraucht. Schließlich gelang ihr die Flucht durch ein Toilettenfenster. Als Erinnerung nahm sie eine Flasche mit lilafarbenen Kristallen mit, die das Kind besonders beeindruckten. Regelmäßig hatte sie die Flüssigkeit zur Desinfektion nehmen müssen, wusste jedoch nicht, dass es sich dabei um die Chemikalie Kaliumpermanganat handelte. Jahrzehntlang schwieg Lei zu ihrem Leidensweg und offenbarte sich erst, nachdem sie im Jahr 2005 im Alter von 77 Jahren von einem chinesischen Professor im Rahmen eines Forschungsprojektes über japanische Militärbordelle angesprochen wurde. Zwei Jahre später starb sie im Alter von 79 Jahren.

Die dreizehn Jahre alte Hong Qiaolian wurde gemeinsam mit ihrem Vater aus ihrem Heimatdorf in der Provinz Shaanxi entführt. Zwei Wochen lang wurde sie von Soldaten vergewaltigt und erniedrigt, bis sie schließlich vorübergehend ins Koma fiel. Ihr Vater, der viele Vergewaltigungen miterleben musste, durfte sie dann im Austausch gegen mehrere Schafe wieder mitnehmen. Zwar heiratete sie mehrfach, doch alle Ehepartner trennten sich wieder von ihr, als sie von ihrer Zeit in japanischer Gefangenschaft erfuhren (*Berliner Zeitung*, 3.5.2007).

Die Mädchen und jungen Frauen in den Militärbordellen wurden alle zwei Wochen auf Geschlechtskrankheiten untersucht. Die Benutzung von Kondomen war für die Soldaten Pflicht. Wenn eine Zwangsprostituierte trotzdem schwanger wurde, wurde das Kind zwangsweise abgetrieben oder nach der Geburt getötet.

Japan muss sich endlich seiner historischen Verantwortung stellen und sich offiziell für den Missbrauch von rund 200.000 jungen Frauen und Mädchen entschuldigen, die vor und während des Zweiten Weltkriegs in japanischen Militärbordellen als Zwangsprostituierte missbraucht wurden. Den wenigen Überlebenden muss eine angemessene Entschuldigung gezahlt werden.

## **2.5 Millionen Menschen sterben während der japanischen Invasion und Besetzung Ost- und Südostasiens**

Schätzungen zufolge sind mehr als zehn Millionen Menschen zwischen dem Beginn der japanischen Besetzung der Mandschurei im Jahr 1931 sowie im Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieg (1937-1945) bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im September 1945 in Ost- / Südostasien und auf den Pazifischen Inseln aufgrund des Krieges getötet worden. Die Opferzahlen sind noch heute sehr umstritten und schwanken zwischen drei und fast zwanzig Millionen Toten. Allein China soll nach einigen Schätzungen bis zu 14,5 Millionen Menschen dabei verloren haben, rund 4,5 Millionen Soldaten und zehn Millionen Zivilisten. Japans eigene Verluste werden oft mit 3,1 Millionen Menschen beziffert, 2,3 Millionen japanische Soldaten sollen getötet worden sein und 800.000 Zivilisten.

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

Bei mehreren tausend Massakern japanischer Streitkräfte sollen hunderttausende Menschen gestorben sein. Doch alle diese Zahlen beruhen auf vagen Schätzungen, nur in den seltensten Fällen wurden alle Übergriffe und bewaffneten Auseinandersetzungen detailliert erfasst. Nur auf den Philippinen haben US-Behörden akribisch recherchiert, dass bei Massakern japanischer Streitkräfte rund 90.000 Zivilisten zu Tode kamen.

Neben Massakern kamen hunderttausende Kriegsgefangene oder Internierte aufgrund von unmenschlicher Behandlung zu Tode. Auch unter Zwangsarbeitern aus der Mandschurei und in Korea starben zehntausende Menschen. Die durch den Krieg ausgelöste Hungerkatastrophe und Menschenversuche japanischer Wissenschaftler schürten weiteres Leid.

Unter den Dutzenden Massakern kommt dem Blutbad in Nanking, dem heutigen Nanjing in China, eine besondere Bedeutung zu. Dieser militärisch sinnlose Vergeltungsschlag gegen die Zivilbevölkerung in der damaligen chinesischen Hauptstadt dürfte als einer der grausamsten Rachefeldzüge gegen Zivilisten weltweit in die Geschichte eingehen.

### 2.6 Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Nanking



Trotz vieler Augenzeugenberichte von Chinesen, Ausländern und Journalisten, trotz Fotos und selbst Filmen von den Gräueltaten bestreiten einige japanische Publizisten und nationalistische Politiker bis heute, dass es Massaker in Nanking nach der Einnahme der Stadt durch japanische Streitkräfte gegeben hat. So erklärte der Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, am 24. Februar 2012,

das Massaker von Nanking habe niemals stattgefunden. Denn es sei unmöglich, so viele Menschen in so kurzer Zeit umzubringen (AFP, 24.2.2012). Rund einhundert Abgeordnete der *Liberaldemokratischen Partei (LDP)* hatten am 19. Juni 2007 bereits den Wahrheitsgehalt der Berichte über das Massaker bezweifelt, da es keine Beweise für die Massenmorde gebe (Reuters, 19.6.2007). Auch gibt es noch immer viel Streit über das Ausmaß des Blutbades, das von japanischer Seite systematisch heruntergespielt wird.

Angesichts des Vormarsches der japanischen Truppen verlegte die chinesische Regierung im Jahr 1928 ihren Amtssitz von Peking nach Nanking. Nach der Einnahme Schanghais durch japanische Streitkräfte am 11. November 1937 rückten japanische Truppenverbände aus verschiedenen Richtungen auf Nanking vor. In der Region lebende Zivilisten fürchteten sowohl die anrückenden japanischen Streitkräfte, als auch die Politik der verbrannten Erde der sich zurückziehenden chinesischen Soldaten, die den Japanern nichts intakt zurücklassen

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

wollten. Als sich die in Nanking verbliebenen chinesischen Verbände am 9. Dezember 1937 weigerten, sich kampflös zu ergeben, griffen japanische Soldaten die Stadt an. Am 13. Dezember rückten japanische Soldaten in die Stadt ein, nachdem immer mehr chinesische Truppen aus Nanking flohen.

Ein Großteil der nach Nanking geflohenen Zivilisten lebte in mehr als 20 Flüchtlingslagern, die in einer knapp vier Quadratkilometer großen Sicherheitszone vor dem Einmarsch der japanischen Soldaten eingerichtet worden war. In manchen Camps lebten bis zu 12.000 Flüchtlinge. Aber auch für sie gab es keine Sicherheit. Immer wieder missachteten japanische Soldaten die Sicherheitszone und nahmen junge Männer in den Lagern fest und erschossen sie standrechtlich. Vergeblich protestierten die in der Stadt lebenden Ausländer gegen diese Missachtung der humanitären Schutzzone.

Nach dem Fall der Stadt begingen die japanischen Soldaten in den darauf folgenden sechs Wochen unvorstellbar schwere Menschenrechtsverletzungen an der schutzlosen Zivilbevölkerung. Viele Flüchtlinge aus anderen Landesteilen hatten in den Monaten zuvor in Nanking Zuflucht gesucht, so dass sich in der Stadt deutlich mehr als die normalerweise 250.000 Bewohner aufhielten.

Das *IMTFE*-Kriegsverbrechertribunal geht davon aus, dass in dieser Zeit in der Stadt rund 20.000 Mädchen und Frauen im Alter zwischen 12 und 80 Jahren vergewaltigt wurden. Auch Nonnen und Hochschwangere wurden nicht verschont. Väter wurden gezwungen ihren Töchtern Gewalt anzutun, Söhne mussten auf Befehl von Soldaten ihre Mütter vergewaltigen. Jede Nacht wurden mindestens eintausend neue Gewaltverbrechen verübt, schrieb der Geistliche McCallum am 19. Dezember 1937 in sein Tagebuch. Auch das deutsche NSDAP-Mitglied John Rabe, der in Nanking die Schutzzone aufgebaut hatte, nannte vergleichbare Opferzahlen. Noch niemals habe er so eine Brutalität und Bestialität erlebt. Viele Frauen wurden mehrfach vergewaltigt, sogar auch in religiösen Stätten. Frauen, die Widerstand leisteten, würden mit dem Bajonett ermordet. Wenn Ehemänner oder Brüder gegen die Gewalt einschreiten, wurden sie getötet.

Bei dem Versuch einer Massenflucht aus der umzingelten Stadt wurden Schätzungen von Augenzeugen zufolge mehr als 50.000 Menschen getötet, als japanische Soldaten auf flüchtende Frauen und Kinder am Yangtze-Fluss am 13. Dezember 1937 das Feuer eröffneten. Überall im Fluss und an seinen Ufern lagen Leichen der Erschossenen, berichteten Augenzeugen.

Noch schlimmer sah es einige Tage später in der Stadt aus, in der sich auf manchen Straßen die Leichen türmten. Viele Leichname wurden verbrannt, in Massengräbern verscharrt oder einfach in den Yangtze-Fluss geworfen. Die meisten Getöteten hätten Schusswunden im Rücken oder Hinterkopf gehabt, erklärte Rabe. Vermutlich sind sie auf der Flucht erschossen worden. Auch viele Geschäfte seien von japanischen Soldaten geplündert worden, berichtete der Deutsche. Der Legationsrat der Deutschen Botschaft, Herr Rosen, beschrieb in einem Brief an das Außenministerium in Berlin im Februar 1938 ausführlich Gräueltaten japanischer

Soldaten an chinesischen Zivilisten, die in einem Film des seit langem in Nanking lebenden amerikanischen Missionars Reverend John Magee dokumentiert worden waren. So stürmten 30 japanische Soldaten am 13. Dezember 1937 in das Haus eines angesehenen Bürgers, töteten ihn und seine Ehefrau ohne Vorwarnung. Andere Bewohner des Hauses versteckten sich unter den Tischen, doch Soldaten zogen sie aus ihren Verstecken hervor. So wurde eine Mutter vergewaltigt und ermordet, ihr einjähriges Kind töteten Soldaten zuvor mit einem Bajonett. Vergeblich versuchten die Großeltern, ihre 14 und 16 Jahre alten Töchter vor Übergriffen zu schützen. Doch auch Großvater und Großmutter wurden Opfer der Gewaltorgie, die jungen Töchter wurden von mehreren Soldaten vergewaltigt und mit Bajonetten aufgespießt. Dem jüngeren Mädchen wurde der Schädel mit einem Schwert gespalten.

Alle in Nanking lebenden Ausländer waren entsetzt von den Grausamkeiten, die systematisch von japanischen Truppen in den ersten sechs Wochen nach Beginn ihrer Besetzung der Stadt verübt wurden. Selbst Kriegsgefangene werden nicht geschont, ungeachtet den Vorgaben der Haager Landkriegsordnung, die Menschlichkeit im Umgang mit Kriegsgefangenen gebietet. So bezeugte der amerikanische Missionar Ralph L. Philipps vor einer Untersuchungskommission in den USA, wie japanische Truppen einem gefangenen chinesischen Soldaten den Bauch aufschlitzten und sein Herz und seine Leber rösteten, bevor sie sie aßen. Mindestens 57.000 chinesische Kriegsgefangene wurden unmittelbar nach der Einnahme der Stadt an den Händen aneinander gefesselt, systematisch erschossen und danach in den Fluss geworfen. Die Erschießung von einzelnen Kriegsgefangenen ist ein Kriegsverbrechen, die in Nanking betriebene systematische Eliminierung von Kriegsgefangenen ist jedoch sicherlich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

## **2.7 Schwerste Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht länger leugnen**

Es erscheint unvorstellbar, dass japanische Wissenschaftler und Politiker ungeachtet der vielen Augenzeugen, der offiziellen Dokumente, der Filmaufnahmen und Fotos ernsthaft das Blutbad in Nanking leugnen. Bis zum Beginn der 70er-Jahre hatten sich japanische Historiker nur wenig mit diesem dunkelsten Aspekt der jüngeren Zeitgeschichte ihres Landes beschäftigt. Doch immer mehr ehemalige Soldaten bezeugten die vorgefallenen Grausamkeiten und entlasteten ihr Gewissen durch detaillierte Schilderungen der Verbrechen.

Mit dem erneuten Erstarken nationalkonservativer Bewegungen in Japan zu Beginn der 70er-Jahre erhoben sich erstmals auch Stimmen, die das Massaker von Nanking insgesamt leugneten. Daneben wurden in den 80-Jahren immer häufiger die Opferzahlen in Frage gestellt. Statt insgesamt rund 300.000 Getöteten und 20.000 Vergewaltigten sprechen diese Kritiker nur von rund 40.000 Toten, weil sie getötete chinesische Soldaten in ihren Statistiken nicht aufführen. Auch argumentieren sie, es sei kein Massaker verübt worden. Der 1932

geborene und für die Japanische Verteidigungsagentur (das spätere Verteidigungsministerium) tätige Historiker Ikuhiko Hata relativierte nicht nur Opferzahlen, sondern leugnete auch dass die „Trostfrauen“ als Zwangsprostituierte arbeiteten. Seine Bücher zu Japan im Krieg werden vom Bildungsministerium heute als Standard-Lektüre für den Schul-Unterricht empfohlen.

Das Bildungsministerium ließ ab dem Jahr 1982 systematisch alle japanischen Schulbücher überarbeiten. So sollte in den Geschichtsbüchern nicht mehr von Japans „Aggression“ in China die Rede sein, sondern von Japans „Vordringen“. Auch das Blutbad in Nanking sollte heruntergespielt und als Reaktion japanischer Soldaten auf den heftigen Widerstand chinesischer Truppen dargestellt werden. Erst nach massivem Protest japanischer Nichtregierungsorganisationen und aus dem Ausland wurde die umstrittene Revision der Geschichtsbücher gestoppt.

## **2.8 Missbrauch von Zwangsarbeitern**

Systematisch wurden von Japan in den besetzten Gebieten und in den Kolonien Zwangsarbeiter rekrutiert. Im Jahr 1939 gab es alleine 5,4 Millionen Koreaner, die Zwangsarbeiter von Japan eingesetzt wurden. Zusätzlich eine Million Zwangsarbeiter wurden in der Mandschurei mobilisiert, die überwiegend in Japan Dienst leisten mussten. Schätzungen zufolge sind mindestens 150.000 Zwangsarbeiter aus der Mandschurei zu Tode gekommen. Rund 60.000 der 670.000 zwischen 1939 und 1945 nach Japan verbrachten koreanischen Zwangsarbeiter überlebten ihren Einsatz nicht (*Statistics of Democide, Universität Hawai'i*). Schätzungen gehen davon aus, dass rund 600.000 aller koreanischen Zwangsarbeiter zu Tode kamen.

In China hat Japan rund zehn Millionen Zivilisten als Zwangsarbeiter rekrutiert. Vergeblich warten sie bis heute auf eine Entschädigung. Unzählige Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter haben japanische Gerichte unter Hinweis auf eine gemeinsame Erklärung Chinas und Japans bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1972 bereits abgewiesen. Japans Regierung beharrt darauf, dass mit dem Friedensvertrag von San Francisco aus dem Jahr 1951 alle Ansprüche auf Kriegsreparationen abgegolten seien. Ende Februar 2014 ließ ein Gericht in Peking jedoch die Klage von 37 ehemaligen Zwangsarbeitern aus China zu. Die Klagesteller wollen von dem japanischen Unternehmen Mitsubishi Materials Entschädigung bekommen sowie schriftliche Entschuldigungen, die in chinesischen und japanischen Zeitungen veröffentlicht werden sollen (*South China Morning Post, 26.2.2014*). Doch selbst wenn die Klagesteller einen Schuldspruch erwirken, dürfte es wenige Chancen geben, dass das japanische Unternehmen das Urteil anerkennt.

## 2.9 Kriegsverbrechen an Kriegsgefangenen

Schon während des Zweiten Weltkriegs löste Japans Umgang mit Kriegsgefangenen weltweit Abscheu und Verurteilung aus. Denn Japan missachtete alle Vorgaben der Haager Landkriegsordnung und setzte Kriegsgefangene auch zum mörderischen Bau der strategisch bedeutsamen Eisenbahnlinie zwischen Burma und Thailand ein. Tausende Kriegsgefangene starben bei dem Großprojekt. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 138.000 Kriegsgefangene in japanischem Gewahrsam zu Tode kamen (*Statistics of Democide, Universität Hawai'i*). Hunger und mangelnde medizinische Betreuung zählten zu den bedeutendsten Todesursachen, immer wieder wurden Kriegsgefangene aber auch unmittelbar von japanischen Soldaten getötet.

## 2.10 Kriegsverbrechen der *Einheit 731*

Zur geheimen Waffenforschung für die biologische und chemische, aber auch für die konventionelle Kriegführung ließ die *Einheit 731* der Kaiserlichen Japanischen Armee in einem Vorort der Stadt Harbin in der japanisch besetzten Mandschurei ein Forschungszentrum und Laboratorien aufbauen. Zwischen 1937 und 1945 wurden dort an Kriegsgefangenen und Zivilisten neue Waffensysteme erprobt. Rund 70 Prozent der Opfer waren Chinesen, mehr als 20 Prozent stammten aus Russland, die übrigen stammten aus Südostasien oder von den Pazifischen Inseln. Bewusst war für die berüchtigte Militär-Einheit ein besonders abgelegener Ort ausgewählt worden, um ausländische Spionage zu verhindern. Doch auch an anderen Orten in China wurden Menschen- und Waffenversuche von den japanischen Streitkräften durchgeführt. Die „Versuchspersonen“, die zum Beispiel neuer Streumunition ausgesetzt wurden, kamen nach spätestens sieben Wochen zu Tode. Neben Waffentest wurden Frauen, Kindern und Männern auch gezielt Giftspritzen verabreicht, um die Wirkung des Gifts auf den Organismus zu untersuchen. Die Opfer wurden nach ihrem Tod sezziert, um neue Erkenntnisse für die Waffenforschung zu gewinnen. Bis zu 12.000 Menschen sollen Schätzungen zufolge den Kriegsverbrechen der *Einheit 731* in Harbin zum Opfer gefallen sein.

## 2.11 Revisionismus und strategische Interessen

Es ist bislang nur eine kleine Minderheit in Japan, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zweiten Weltkrieg öffentlich leugnet. Doch nicht zuletzt Ministerpräsident Abe hat mit seiner umstrittenen Personalpolitik dazu beigetragen, dass Vertreter dieser Minderheit immer mehr Zugang zu öffentlichen Medien, Ministerien und Schaltstellen der Gesellschaft und Politik bekommen haben. Dort relativieren sie Japans Verantwortung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für die Aggressionspolitik im Zweiten Weltkrieg und schüren damit nicht nur bei den Nachbarstaaten immer mehr Ängste. Ermöglicht wird diese Manipulation der öffentlichen Meinung durch eine ungenügende

Aufarbeitung von Japans Rolle im Zweiten Weltkrieg in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Japans guter Ruf in der internationalen Staatengemeinschaft droht durch die umtriebigen Aktivitäten nationalistischer Politiker und Wissenschaftler massiv beeinträchtigt zu werden. Denn nicht nur die Regierungen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger der Nachbarländer fordern zu Recht ein, dass Japan aus den schrecklichen Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Lehren für die Zukunft ziehen muss. Sie zu verharmlosen, zu ignorieren oder zu leugnen, schürt nur neue Spannungen und Ängste in Ostasien.

Zwar gibt es auch viele mäßige Stimmen in Japan, die vor einer Leugnung japanischer Kriegsverbrechen warnen. Doch vor allem in konservativen Parteien gewinnen Revisionisten immer mehr an Einfluss und vermengen den Streit mit Nachbarstaaten um japanische Territorialinteressen mit der Verharmlosung oder Leugnung von Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg. Der Territorialstreit Japans mit der Volksrepublik China, Taiwan und Südkorea um potentiell reiche Rohstoffvorkommen auf dem Meeresgrund sollte jedoch unbedingt getrennt werden von den wissenschaftlich und durch unzählige Dokumente, Filme und Zeugenaussagen belegten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Zweiten Weltkriegs.

### **3. China: Maos Verbrechen aufarbeiten**

Zum 120. Geburtstag von Mao Zedong am 26. Dezember 2013 haben die sieben mächtigsten Politiker Chinas dem Staatsgründer ihre Ehre erwiesen. Staats- und Parteichef Xi Jinping und die anderen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros verbeugten sich an seinem Geburtstag dreimal vor einer Mao-Statue im Mausoleum auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking (*Xinhua*, 26.12.2013). Die symbolträchtige politische Geste zeigt, dass Chinas KP-Führung nicht an einer grundlegenden Änderung der Machtstrukturen interessiert ist, sondern auf Kontinuität setzt. Doch nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in vielen Provinzen und Städten wurde des Revolutionsführers, Staatsgründers und langjährigen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas in öffentlichen Zeremonien mit viel Pomp gedacht. In der Stadt Shenshen (Provinz Guangdong) wurde sogar eine 16,5 Millionen US-Dollars teure vergoldete Statue Maos enthüllt (*Xinhua / Shanghai Daily*, 14.12.2013). Besonders in seiner Heimatprovinz Hunan wurde aufwändig des Geburtstages gedacht.

Die Partei- und Staatsführung in Peking war in ihrer Haltung zu den Gedenkfeiern hin- und hergerissen. Einerseits bezieht sie sich öffentlich auf Maos Erbe und zieht die Legitimation für ihre Einparteien-Herrschaft aus dem von Mao geschaffenen Machtgefüge. Der 91 Jahre alte He Fang, ein enger Mitarbeiter von Maos langjährigem Konkurrenten in der HP, Zhang

Wentian, bringt das Wichtigste auf den Punkt, wenn er anlässlich des 120. Geburtstags erklärt: „Die chinesische Staatsführung muss ihre Herrschaft sichern, denn „die Kommunisten dürfen sich die Macht nicht aus der Hand nehmen lassen“ (*South China Morning Post*, 21.12.2013). „Eine Neubewertung von Mao würde an der Legitimität und damit an der Machtstellung der Partei rütteln“, sagt der Historiker Zhang Lifan. Andererseits fürchten die Machthaber aber auch die Kritik von linken Kräften innerhalb der Kommunistischen Partei (KP), die der Führungselite Machtmissbrauch, Bereicherung und fehlende ideologische Orientierung vorwerfen und insbesondere die wachsende Kluft zwischen marginalisierten und verarmten Landbewohnern und wohlhabenderer städtischer Bevölkerung kritisieren. Diese internen Kritiker werfen der KP-Führung Verrat an den Idealen Maos vor. Um öffentliche Proteste dieser Kritiker zu verhindern, bekräftigten die chinesischen Behörden im Vorfeld des Gedenktages, dass alle öffentlichen Veranstaltungen zu Maos Gedenken vorab von den Behörden genehmigt werden müssten (*Reuters*, 25.12.2013).

Mit Spannung wurde die Rede von Chinas Staatspräsident Xi Jinping bei den offiziellen Gedenkfeiern erwartet, da er und seine Familie unmittelbar von Säuberungswellen unter Parteichef Mao betroffen waren. Der Vater des heutigen Staatspräsidenten Xi Zhongxun war einer der Gründer kommunistischer Guerillaverbände in Shaanxi. Später wurde er stellvertretender Ministerpräsident, Leiter der Propaganda-Abteilung der KP und stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses. Im Jahr 1962, als Xi Jinping neun Jahre alt war, verlor sein Vater im Rahmen einer Säuberungswelle alle Parteiämter. Er musste Selbstkritik üben und wurde 1965 zur Strafe in eine Fabrik in die Provinz Henan abgeordnet. Fünf Jahre später wurde er während der Kulturrevolution sogar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Erst im Jahr 1975 kam er wieder frei. Das Zentralkomitee der KP rehabilitierte ihn schließlich im Jahr 1978, so dass er von 1979 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1981 nochmals Führungsaufgaben in Partei und Staat in der Provinz Guangdong übernahm.

Xi Jinping war in seinen Jugendjahren aufgrund der Ausgrenzung seines Vaters aus Partei und Gesellschaft vielen Anfeindungen ausgesetzt. 1969 wurde er als 15jähriger während der Kulturrevolution im Rahmen eines von Mao propagierten Landverschickungsprogrammes für Jugendliche in das abgelegene Dorf Liangjiahe in die Provinz Shaanxi entsandt. Rund fünf Millionen Jugendliche aus den Städten wurden im Rahmen des Programms zwischen 1968 und 1970 in ländliche Regionen geschickt. Der Jugendliche floh aus dem Dorf und versuchte zurück nach Peking zu kommen. Schließlich wurde er von Sicherheitskräften aufgegriffen und sechs Monate lang in einem Arbeitslager festgehalten. Sieben Jahre lang musste Xi Jinping letztlich in einfachen Höhlenbauten in Lianjiahe leben.

Doch ungeachtet seines persönlichen Leidenswegs und der Anfeindungen seiner Familie unter Mao Zedong verteidigte der heutige Staatspräsident in seiner Rede zum 120. Geburtstag des Staatsgründers am 26. 12.2013 die Verdienste Maos und wies alle Kritik an ihm weit von sich. Mao sei eine „große Persönlichkeit“ gewesen, die „das Gesicht seiner Nation verändert und das chinesische Volk zu einem neuen Schicksal geführt“ habe, erklärte

Xi Jinping (*South China Morning Post*, 27.12.2013). „Revolutionäre Führer sind keine Götter, sondern menschliche Wesen“ sagte der Staatspräsident in seiner Gedenkrede in der Großen Halle des Volkes in Peking und rief dazu auf, Mao in seiner historischen Bedeutung gerecht zu werden. „Wir sollten über das Handeln von Vorgängern nicht mit unserem heutigen Verständnis sowie Wissens- und Informationsstand urteilen, und auch nicht außergewöhnliche Erwartungen an sie haben, wo doch erst ihre Nachfahren dies umsetzen konnten“, erklärte Xi Jinping (*Associated Press*, 27.12.2013). Die KP Chinas werde das Banner der Gedanken Mao Zedongs „ewig“ hoch halten und sich für eine Verjüngung der chinesischen Nation einsetzen, gelobte Xi Jinping (*Xinhua*, 26.12.2013).

Chinesische Kritiker, wie der Historiker Zhang Lifan, wenden jedoch ein, dass sie Chinas interne Konflikte und Machtkämpfe niemals mit der heutigen Zeit verglichen hätten, sondern mit der Situation in anderen Staaten, die sich nach einem langjährigen Konflikt um den Wiederaufbau bemühten. „Während China mit Machtkämpfen und politischen Kampagnen beschäftigt war, bauten andere engagiert ihre Länder auf“, erklärte Zhang (*Associated Press*, 27.12.2013). So sei unter Mao die Modernisierung Chinas um 20 Jahre verzögert worden. „Dieses Problem wollen sie nicht diskutieren“, kritisierte der Historiker.

Der von der Regierung Xi Jinping geförderte neue Mao-Kult mit „Selbstkritik-Sitzungen“ und „Propagierung maoistischer Ideologie“ kommt zu einem Zeitpunkt, in dem vor allem in der chinesischen Mittelschicht die Kritik an Korruption und Machtmissbrauch führender KP-Funktionäre auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene immer lauter wird. Mehr als 70 Prozent aller rund 180.000 Proteste, die nach Schätzungen chinesischer Soziologen im Jahr 2010 in der Volksrepublik stattfanden, richteten sich gegen die Machenschaften korrupter KP-Funktionäre (*The Atlantic*, 5.1.2012). Da die chinesische Führung keine geistigen oder moralischen Werte zur Orientierung anzubieten hat, greift sie in die Mottenkiste der Geschichte und propagiert erneut maoistische Prinzipien, obwohl sie in keiner Weise der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der Volksrepublik entsprechen.

Auch der vor dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 in Ungnade gefallene Bao Tong plädiert für einen anderen Umgang mit Mao. Der frühere Direktor für Politische Reform beim KP-Zentralkomitee erklärte jüngst in einem Essay: „Maos Vermächtnis schließt nicht zuletzt auch ein, die öffentliche Meinung mundtot zu machen, ein nicht gewähltes Regime zu haben, „harmonische“ geheime Absprachen zwischen den drei Gewalten und die Massenproduktion von Fehlentscheidungen der Justiz“ (*Radio Free Asia*, 23.12.2013). Der Menschenrechtsanwalt Pu Zhiqiang machte die KP dafür verantwortlich dass seit ihrer Machtergreifung jede Form der historischen Recherche zu einem verbotenen Feld geworden ist. „Die Kulturrevolution hat vor 50 Jahren stattgefunden, aber sie ist niemals tiefer analysiert oder reflektiert worden“, erklärte der Anwalt (*Radio Free Asia*, 10.3.2014). „Seit der Kulturrevolution hat sich die Mentalität nicht tatsächlich verändert“, kritisierte der Bürgerrechtler. „Für mich ist Mao Zedong nicht besser als Hitler“, sagte Pu. „Wenn wir die Japaner kritisieren, weil sie nicht ihre Geschichte aufarbeiten wollen, dann verweisen wir auf Deutschland, das den Völkermord der Nazis an den Juden aufarbeitete. Aber hat sich China

mit der Geschichte von Ma Zedong auseinandergesetzt?“, fragte der Rechtsanwalt. Pu verwies auf ein traditionelles chinesisches Sprichwort: „Die Toten wiegen schwerer als die Lebenden“ und „wer die Toten nicht beerdigt, wird niemals Frieden finden.“

### **3.1 Maos Erbe belastet Chinas Zukunft**

Solche und andere kritische Stimmen wollten die chinesischen Machthaber bei den Mao-Gedenkfeiern nicht zu Wort kommen lassen, so dass die Zensoren Weihnachten Hochbetrieb hatten und im Minutentakt kritische Kommentare im Internet löschten. Doch auf Smartphone-Apps und im chinesischen Kurzmitteilungsnetz *Weibo* kursierten die kritischen Stimmen trotzdem landesweit und fanden viel Resonanz. So erklärte der *Weibo*-Nutzer Liu Qingping: „Jemand, der so viele Menschen getötet hat und so viele Sünden beging, egal welche Beiträge er geleistet hat, es ist einfach nicht ausreichend, um ihn zu decken“ (*Global Voices*, 26.12.2013).

Der chinesische Historiker Zhang Lifan und der Menschenrechtsanwalt Pu Zhiqiang lancierten im März 2014 eine Petition im Internet für die Einäscherung Maos. Der Große Vorsitzende habe zu Lebzeiten immer seine Einäscherung gefordert. Schon im Jahr 1956 habe er die Verbrennung seines Leichnams propagiert, um mit der konfuzianischen Tradition der Bestattung in Familiengruften zu brechen. Mao habe einen Aufruf an alle Vertreter des Staates verbreitet, mit diesen Traditionen zu brechen und per Unterschrift zu verfügen, dass man eingäschert werden wolle. Der KP-Chef sei der erste gewesen, der den Aufruf unterzeichnet habe (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.3.2014). Der Wissenschaftler und der Menschenrechtsverteidiger engagieren sich für eine Einäscherung Maos, weil sie überzeugt sind, dass Maos Idee und Menschenbilder noch immer in der chinesischen Gesellschaft fortbestehen und jeden Fortschritt behindern. Eine Einäscherung biete die Chance, über die großen Tragödien nachzudenken, die Mao Zedong und die Kommunisten dem chinesischen Volk zugefügt hätten (*Radio Free Asia*, 10.3.2014). In der Petition werfen sie Mao vor, sein vor der Gründung der Volksrepublik gegebenes Versprechen von Demokratie und rechtsstaatlicher Politik gebrochen zu haben. Er habe das Land regiert mit Klassenkampf und allen möglichen politischen Kampagnen, die zur wirtschaftlichen Katastrophe des „Großen Sprungs vorwärts“ und zur Hungertragödie geführt hätten, der Millionen Chinesen zum Opfer gefallen seien. Trotzdem würden die Behörden an Mao festhalten und jede historische Infragestellung der Mao-Ära verhindern, und somit jeden sozialen Fortschritt in China hemmen.

Die offizielle Sichtweise der KP ist, Mao habe zu 70 Prozent Gutes und zu 30 Prozent Negatives bewirkt (*Bloomberg Businessweek*, 26.12.2013). Dass von staatlicher Seite kein Interesse an einer ehrlichen Diskussion der Schattenseiten von Maos Herrschaft besteht, unterstrich auch die der KP nahestehende Boulevardzeitung „Global Times“, als sie „Liberalen“ vorwarf, die „Bedeutung Maos in der chinesischen Geschichte kleinzureden“ (*Global Times*, 26.12.2013). „Sie versuchen neue Konflikte in China heraufzubeschwören, in

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

dem sie Mao vollkommen zurückweisen“, erklärte ein Leitartikler der „Global Times“: „Wir wissen, dass die meisten dieser Lästler geheime Motive haben, weshalb sie Maos Image und Vermächtnis Schaden zufügen und Chinas Verjüngung behindern.“

Mit Sorge registrierten die chinesischen Behörden, dass während der Tagung des Nationalen Volkskongresses in Peking am 6. März 2014 ein Mao-Porträt auf dem Platz des Himmlischen Friedens von Unbekannten mit Farbe beschädigt wurde. Sofort war das Bild gesäubert und die ohnehin schon große Polizeipräsenz auf dem Platz nochmals verstärkt worden (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.3.2014).

Maos Verbrechen gegen die Menschlichkeit werfen ihre Schatten bis auf die heutige Zeit und haben mehr als eine Milliarde Menschen in der Volksrepublik China schwer traumatisiert. Diese Verbrechen systematisch auszublenden und eine Amnesie in Sachen Zeitgeschichte staatlich anzuordnen, schüren weiter Spannungen in der Volksrepublik und neue Menschenrechtsverletzungen.

Doch es werden auch in China Stimmen lauter, die fordern, die Schattenseiten Mao Zedongs und seine Verbrechen nicht auszublenden. Der Wirtschaftswissenschaftler Mao Yushi wirft der Regierung Chinas vor, die „Verbrechen Maos zu decken“ (*The Hindu*, 26.12.2013). „In chinesischen Schulbüchern gibt es nichts über Maos Verbrechen. Niemals spricht die Regierung über die drei Jahre des großen Hungers, wie viele Menschen dabei starben. Die junge Generation kennt diese Vergangenheit nicht. Das, was sie als Geschichte studieren, ist eine erfundene Geschichte“, erklärt der 85 Jährige. Mao Yushi hatte erstmals im April 2011 in einem kurzen im Internet veröffentlichten Text dazu aufgerufen, Mao nicht länger zu vergöttern, sondern auch über seine Rolle beim „Großen Sprung nach vorn“ und in der Kulturrevolution zu reden (<http://www.stimmen-aus-china.de>, 4.2.2012). Sein Beitrag wurde zwar von Zensoren schnell gelöscht, löste aber doch viele Reaktionen aus. Linke Kreise in der KP waren entrüstet, warfen ihm „Vaterlandsverrat“ vor und forderten eine strafrechtliche Verfolgung des Wissenschaftlers. Zwar wurde eine Strafanzeige gegen ihn von linken KP-Mitgliedern gestellt, doch es kam nicht zu einer Verhaftung oder Anklage vor Gericht.

Als Mao Yushi im Mai 2013 in Changsha (Provinz Hunan) eine Rede hielt, protestierten linke Maoisten mit Mao-Bildern gegen den vermeintlichen „Verräter“ (*The Economist*, 6.12.2013). Mao Yushi musste an einen anderen Veranstaltungsort ausweichen, weil seine Sicherheit und die seiner Gäste nicht gewährleistet werden konnte. Ähnliches wiederholte sich im November 2013, als er zu einer Veranstaltung nach Kunming (Provinz Yunnan) eingeladen war. Als eine ältere Demonstration dazu aufrief, den „verräterischen Hund Mao Yushi zu schlagen“, wurden bei dem liberalen Wissenschaftler Erinnerungen an die Kulturrevolution wach.

In einer Umfrage der staatlichen Zeitung „Global Times“ erklärten fast 80 Prozent der 1.045 befragten Personen, Maos größter Fehler sei die Kulturrevolution gewesen. Rund 60 Prozent kritisierten sein Programm „Großer Sprung vorwärts“, bei dem viele Millionen Bauern starben, und 46 Prozent seinen Personenkult (*Global Times*, 24.12.2013). Mehr als 85

Prozent äußerten jedoch, dass seine „Verdienste deutlich seine Fehler aufwiegen“ würden. Ein anderes Umfrageergebnis war von einer der KP nahestehenden Zeitung auch nicht zu erwarten. Doch tatsächlich wissen viele Chinesen nur wenig von den Schattenseiten des bedeutendsten chinesischen Politikers des 20. Jahrhunderts. Schuld daran ist vor allem die staatliche Zensur, die jede offene Diskussion dieses Themas systematisch unterbindet. Selbst in den Universitäten ist es nicht gestattet, sich kritisch mit den dunkelsten Seiten der jüngeren Zeitgeschichte Chinas auseinanderzusetzen. So machte der prominente chinesische Jura-Professor Zhang Xuezhong von der *East China University of Political Science and Law* im Mai 2013 auf einen neuen Erlass der Regierung aufmerksam. Zu den in der Direktive „Über die Unterweisung in der politischen und ideologischen Ausrichtung an junge Hochschullehrer“ des Erziehungsministeriums aufgeführten sieben Tabu-Themen in der wissenschaftlichen Forschung und Diskussion an den Universitäten zählen auch die „Fehler der Kommunistischen Partei in der Vergangenheit“ (*Examiner*, 22.5.2013, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.6.2013). Seine Homepage wurde nach der Veröffentlichung des Erlasses gesperrt, im Dezember 2013 verlor der Professor auch seine Anstellung an der Universität.

### **3.2 Maos Herrschaft – Unendliches Leid und Terror**

Staatspräsident Xi Jinping räumte in seiner Rede zum 120. Geburtstag Mao Zedongs etwas Kritik an dem langjährigen KP-Vorsitzenden ein: „In seinen späten Jahren hat er mit der Kulturrevolution einen schweren Fehler begangen“ (*Deutsche Presse-Agentur*, 26.12.2013). Doch gerade hier irrte Xi Jinping. Denn Maos folgenschwere Fehler sind nicht nur die Kulturrevolution und die Kampagne „Großer Sprung vorwärts“ gewesen, die Dutzenden Millionen Menschen das Leben kosteten. Sein gesamter politischer Aufstieg sowie seine 27 Jahre Herrschaft an der Führungsspitze der Volksrepublik China sind durchzogen von blutigen Säuberungswellen, die Millionen Chinesen das Leben gekostet haben. Leid und Terror waren kein einmaliger Exzess zur Sicherung der Macht des autoritären Herrschers, sondern integraler Bestandteil der Machtpolitik der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung Mao Zedongs.

### **3.3 Blutige Machtergreifung**

Die Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 wird oft als die größte politische Leistung Mao Zedongs bezeichnet. So bedeutet dieses historische Ereignis auch für das heutige China noch ist, so darf doch nicht vergessen werden, dass auch diese Staatsgründung viel Blutvergießen zur Folge hatte. Im Oktober 1950 ordnete Mao eine landesweite „Kampagne gegen Konterrevolutionäre“ an. Die Kampagne gegen mutmaßliche „Klassenfeinde“ und „Spione“ wurde von Mao zur Chefsache erklärt. Alle Polizeidienststellen und kommunistischen Funktionäre mussten ihm persönlich berichten. Und er sparte nicht mit Kritik, wenn nicht genug Menschen verhaftet oder hingerichtet wurden. So erließ er

immer neue Befehle, in denen er zu „Verhaftungen in großem Rahmen, Tötungen in großem Rahmen“ aufforderte (*Jung Chang / Jon Halliday, Mao, Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes*, München 2005, S. 424). So kritisierte er am 23. Januar 1951 eine Provinz, weil sie „viel zu müde“ wäre und „nicht (genug) getötet“ werde. Als die Zahl der Tötungen zunahm, zeigte sich Mao zufrieden und erklärte, die „Verbesserung“ habe ihn „sehr erfreut“.

Mao wollte mit Schauprozessen und öffentlichen Hinrichtungen abschrecken und die Machtkontrolle durch die Kommunistische Partei unterstreichen. So fanden in der Hauptstadt Peking alleine rund 30.000 Schauprozesse und öffentliche Hinrichtungen statt, an denen mehr als drei Millionen Menschen teilnahmen. Die aus Großbritannien und China stammende Autorin Esther Cheo Ying beschreibt in ihrem Buch *Black Country to Red China* (London, 1987, S. 56 ff.), wie sie in Peking Augenzeugin einer öffentlichen Erschießung von 200 Personen wurde, die als Konterrevolutionäre beschuldigt wurden. Mit Leichen beladene Lastwagen waren im Stadtbild allseits präsent, so dass der Terror der neuen Machthaber niemand entgehen konnte.

Mindestens 710.000 Menschen wurden nach Schätzungen der Historikerin Sabine Dabringhaus exekutiert oder nahmen sich aus politischen Gründen das Leben. Mehr als 1,5 Millionen Menschen wurden in Arbeitslagern eingesperrt (*Sabine Dabringhaus, Mao Zedong*, München 2008, S. 67). Andere Historiker, wie der Brite Jon Halliday, der mit seiner chinesisch stämmigen Ehefrau Jung Chang eine viel beachtete Mao-Biographie veröffentlichte, gehen von deutlich höheren Opferzahlen aus und schätzen, dass rund drei Millionen Menschen Hinrichtungen und durch die Kampagne ausgelösten Selbstmorden zum Opfer fielen (*Jung Chang / Jon Halliday, Mao, Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes*, München 2005, S. 425).

### **3.4 Der Schrecken der Laogai-Lager**

Doch selbst bei diesem Terror gegen vermeintlich Andersdenkende gab es keine Konstanz. Willkürlich ließ Mao anfangs die Gefangenen exekutieren, an dem Mai 1951 erkannte er ihren potentiellen wirtschaftlichen Nutzen und ließ sie in Arbeitslager einweisen, um beim Wiederaufbau des zerstörten Landes mitzuwirken. Mit Unterstützung sowjetischer Experten im Aufbau von GULAG-Straflagern ließ Mao ein System von Arbeitslagern aufbauen. Erst am 28. Dezember 2013 beschloss das chinesische Parlament die offizielle Auflösung dieser so genannten „Lao-gai“-Lager („Reform durch Arbeit“). Viele Beobachter zweifeln jedoch an der Umsetzung dieses Beschlusses und gehen davon aus, dass entsprechende Lager unter anderem Namen fortgeführt werden. Nach Schätzungen der in Washington D.C. ansässigen *Laogai Research Foundation* sind insgesamt rund 45 Millionen Menschen in die Laogai-Lagern gegen ihren Willen eingewiesen und dort festgehalten worden (*Frankfurter Rundschau*, 21.2.2014). Die Stiftung geht davon aus, dass rund 20 bis 25 Millionen Lagerinsassen zu Tode gekommen sind. Folter, schwere Menschenrechtsverletzungen und

Selbstmorde sind bis heute in den Laogai-Lagern weit verbreitet, berichten viele Augenzeugen und ehemalige Lagerinsassen. Der Historiker Jan Haliday geht davon aus, dass in den Lagern und Gefängnissen unter Maos Herrschaft bis zu 27 Millionen Menschen zu Tode gekommen sind (*Jung Chang / Jon Haliday, Mao, S. 426*).

### **3.5 Mit Terror-Kampagnen Macht gefestigt**

Innerhalb von nur drei Jahren ließ er die traditionelle Oberschicht in ländlichen Regionen auslöschen. Am Ende des Jahres 1952 waren bereits rund eine Million Großgrundbesitzer und ihre Familienangehörigen den Säuberungsaktionen der kommunistischen Aktivisten zum Opfer gefallen und nach Schauprozessen hingerichtet worden. Die Terror-Kampagnen trugen ihre Wirkung und festigten die Machtstellung der Kommunistischen Partei. Öffentliche Kritik an der brutalen Demonstration ihrer Macht verstummte, da inzwischen allen Andersdenkenden bewusst war, dass Chinas neue Machthaber vor Massenmorden nicht zurückschreckten, um ihre Machtstellung zu verteidigen.

Denn nach der Zerstörung der traditionellen ländlichen Strukturen hatten ab Herbst 1951 die Säuberungsaktionen auch die Städte erfasst. Mao bediente sich dreier Kampagnen, um auch in den städtischen Regionen das Machtmonopol der Kommunistischen Partei tief zu verankern. Im Rahmen der „Drei Anti-Bewegung“ ließ er gegen Bürokratie, Verschwendung und Korruption mobilisieren. Mit der „Fünf Anti-Kampagne“ wandte er sich gegen den Verrat von Staatsgeheimnissen, Steuerhinterziehung, Betrug, Bestechung und Veruntreuung. Selbst im heutigen modernen China sind diese beklagten Missstände noch immer hochaktuell. Anfang der 50er-Jahre boten sie für die Kommunisten die willkommene Rechtfertigung, hunderttausende Menschen hinrichten zu lassen und ihr Vermögen im Wert von rund zwei Milliarden US-Dollars einzuziehen. So wurden Selbständige Gezwungen, ihre Geschäftsbücher offenzulegen und ihr Gewerbe zukünftig unter der Aufsicht staatlichen Behörden zu betreiben. Wenn sie ihre „Vergehen“ bereuten, mussten sie unter Führung von Kommunisten an Arbeitsgruppen teilnehmen, um andere Selbständige zu denunzieren. Waren sie dazu nicht bereit, mussten sie erneut Selbstkritik üben und tätige Reue zeigen.

Mit einer „Bewegung zu Gedankenreform“ weitete er den Terror auf die Intellektuellen und das in den Städten lebende Bürgertum aus. So grenzte er den prominenten liberalen Philosophen Hu Shi aus. Auch andere chinesische Reformer, wie der Philosoph Liang Shuming wurden von Mao gezielt ausgeschaltet. Wer den Marxismus-Leninismus ablehnte, musste sich Selbstkritik unterziehen oder war massiven Schmähungen ausgesetzt. An ihrem Arbeitsplatz mussten Intellektuelle an Versammlungen „zur Unterwerfung und Wiedergeburt“ mitwirken, ihre Irrtümer öffentlich einräumen und demonstrieren, dass sie sich von „Irrlehren“ des Liberalismus und anderen westlichen Politik-Konzepten abwenden und sich Marxismus-Leninismus chinesischer Prägung bekennen. Diese Prozesse der Selbstkritik dauerten meist monatelang und hielten die Betroffenen die ganze Zeit im Ungewissen über ihr weiteres Schicksal. Tief verunsichert durch Horror-Erlebnisse an ihrem

Arbeitsplatz oder in ihrem familiären Umfeld suchten viele bedrängte Intellektuelle einen Ausweg im Freitod, um nicht Freunde und Kollegen denunzieren zu müssen.

Ab dem Jahr 1955 verstärkte Mao noch die Repression gegen andersdenkende Intellektuelle und ließ sie als „Konterrevolutionäre“ ächten. Diese Hetzkampagne führte zu noch mehr Selbstmorden von Künstlern und Akademikern. Im Jahr 1957 erklärte Mao, es seien bislang 800.000 „Konterrevolutionäre“ liquidiert worden (*Stéphane Courtois u. a., Schwarzbuch des Kommunismus, München 1998, S. 534*).

Doch die drei großen Kampagnen zur Konsolidierung der Macht der KP und zum gesellschaftlichen „Umbau“ der Volksrepublik waren im Jahr 1953 größtenteils abgeschlossen. Die angestrebten Ziele waren erreicht, die Bevölkerung war eingeschüchtert und vorbereitet auf neue „Massen-Kampagnen“, mit denen noch größere gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen erreicht werden sollten. So erhöhte man systematisch den Druck auf private Betriebe, um die Verstaatlichung der Wirtschaftsunternehmen voranzutreiben. Während viele Großunternehmer zunächst geschont wurden, weil man ihr Wissen noch benötigte, wurde der Druck auf die Manager und Eigentümer kleinerer oder mittlerer Unternehmen gnadenlos erhöht. Ab dem Jahr 1951 mussten sie ihre Rechnungsbücher offenlegen und zur Zahlung von immer mehr Steuern gezwungen. Ab Dezember 1953 mussten sie ihr Kapital dem Staat zur Verfügung stellen und ab 1954 wurde ihnen auferlegt, sich aufgrund der Rationierung von Rohstoffen Versorgungsgesellschaften anzugliedern, um die Produktion weiter aufrecht erhalten zu können. Eine erneute genaue Überprüfung aller Unternehmen durch staatliche Kontrolleure im Oktober 1955 führte dazu, dass es kaum mehr Widerstand gab, als im Januar 1956 die „Kollektivierung“ der Firmen gegen eine kleine Entschädigung angeboten wurde. Viele Firmenchefs trieben diese Zwangsmaßnahmen in den Selbstmord.

### **3.6 Hundert-Blumen-Bewegung**

Angesichts wachsender Kritik an der Macht kommunistischer Funktionäre und des Volksaufstands in Ungarn lancierte Mao in den Jahren 1956 / 1957 die Kampagne „Lasst hundert Blumen blühen“ mit der er die Bürger ermutigte, ihre Kritik am Staat offen zu äußern. Doch die vermeintliche Liberalisierung schlug schon bald in neue Repression um. Wie bereits zuvor in anderen Kampagnen zur Besserung der Bürgerinnen und Bürger ermutigte Mao zunächst zu möglichst breiter Kritik, um kurz danach diejenigen, die sich öffentlich kritisch geäußert hatten, als „Rechtsabweichler“ zu brandmarken. Bis zu 700.000 KP-Funktionäre wurden als „Rechtsabweichler“ abgestempelt und verloren ihre Funktion in Partei und Staat. Viele wurden in Arbeitslager eingewiesen oder in entlegene Dörfer entsandt, um dort erneut ihre ideologische Standfestigkeit zu beweisen. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu zehn Prozent aller Intellektuellen und gut ausgebildeten Fachkräfte in China im Rahmen dieser Kampagne ausgegrenzt und oft für Jahrzehnte von Positionen im öffentlichen Leben verbannt wurden (*Stéphane Courtois, Schwarzbuch des Kommunismus, S.*

537). Viele mussten bis zum Ende der Kulturrevolution warten, um politisch und gesellschaftlich rehabilitiert zu werden.

### **3.7 Sinisierung der Inneren Mongolei**

Nach der Gründung der Volksrepublik China wurde in der Inneren Mongolei immer mehr Weideland mongolischer Nomaden in Ackerland für zugezogene chinesische Bauern umgewandelt. So siedelten sich alleine zwischen 1950 und 1957 mehr als 1,5 Millionen Han-Chinesen in der Region. Weitere 1,9 Millionen Menschen folgten während der großen Hungerkatastrophe (1958 – 1960). Als die Region dann auch noch mit sowjetischer Entwicklungshilfe zu einem Schwerpunkt der chinesischen Schwerindustrie ausgebaut wurde und der Kohlebergbau verstärkt wurde, nahm der Druck auf die mongolische Nomaden-Gesellschaft weiter zu. Die aufgrund des wachsenden Bevölkerungsdrucks und des rücksichtslosen Umgangs der Investoren mit der Natur zunehmende Bodenerosion machte es den mongolischen Nomaden noch schwerer, ihre traditionelle Weide-Wirtschaft fortzuführen. Innerhalb von nur wenigen Jahren wurden die Mongolen aufgrund des Zuzugs von Millionen Han-Chinesen zur Minderheit in der eigenen Region. Als sich kritische Stimmen unter den Mongolen erhoben, wurden sie als „ethnische Rechtsabweichler“ gebrandmarkt und zum Schweigen gebracht.

### **3.8 Kampagne gegen „Rechtsabweichler“ in Xinjiang (Ostturkestan)**

Die von Mao gesteuerte „Hundert-Blumen-Bewegung“ und Kampagne gegen „Rechtsabweichler“ richteten sich in Xinjiang (Ostturkestan) im Nordwesten Chinas vor allem gegen Uiguren, die mehr Rechte und eine Umsetzung der vom Staat versprochenen Autonomie forderten. Engagiert brachten sich Uiguren in die von Mao angeregten öffentlichen Diskussionen ein und kritisierten massiv die Einwanderung von immer mehr Han-Chinesen in ihre Region, die alle zentralen Positionen in Gesellschaft und Politik übernommen hatten. Die staatlich garantierte Autonomie sei eine Farce, kritisierten viele Uiguren. Angesichts der massiven Kritik ordnete Mao eine Säuberungswelle an, in deren Rahmen gegen 100.000 Uiguren Ermittlungen eingeleitet, 830 Personen verhaftet und 53 Kader hingerichtet wurden (*Christian Tyler, Wild West China, The Untold Story of a Frontier Land, London 2003, S. 144*).

In Xinjiang wurde die Kampagne gegen Rechtsabweichler immer mehr eine Kampagne gegen ethnische Gruppen wie die Uiguren. Nachdrücklich warnte die staatliche Propaganda vor jedem Pan-Turkismus, das heißt vor jeder Kooperation mit den in der Sowjetunion lebenden Turk-Völkern und Uiguren. Statt mehr kulturelle Rechte einzuräumen, setzte Mao nur noch auf eine gezielte Sinisierung der Region mit der Ansiedlung von immer mehr Han-Chinesen, die in Wirtschaft und Gesellschaft gezielt gefördert wurden.

### 3.9 Verfolgung und Zerstörung in Tibet

Mao verlangte nach seiner Machtübernahme die „Heimkehr Tibets in das chinesische Mutterland“. Doch freiwillig waren die Tibeter nicht bereit, auf ihre staatliche Unabhängigkeit zu verzichten. So marschierten schließlich im Oktober 1950 chinesische Soldaten in Chamdo ein, der Hauptstadt des alten tibetischen Siedlungsgebietes Cham. Vergeblich wandten sich die Tibeter an die Vereinten Nationen und forderten ein Ende der völkerrechtswidrigen Annexion durch China. Nur El Salvador war bereit, sich für ein unabhängiges Tibet einzusetzen. Die Chinesische Volksbefreiungsarmee bemühte sich währenddessen, weiter nach Tibet vorzudringen, ohne in offene militärische Auseinandersetzungen mit Tibetern zu geraten. Denn China wollte sich als so genannter „Befreier“ Tibets von langjähriger Feudalherrschaft und Theokratie präsentieren. Doch hinter den Kulissen übte Mao massiven Druck auf tibetische Repräsentanten aus, um Chinas Kontrolle über Tibet zu verstärken. So zwang Mao eine hochrangige tibetische Delegation in Peking am 23. Mai 1951 ohne weitere Verhandlungen ein 17-Punkte-Abkommen zu unterzeichnen, in dem sie die Annexion durch China nach dem Verständnis Pekings anerkannten. Zwar räumt es den Tibetern breite Autonomierechte ein, doch angesichts der Umstände seiner Unterzeichnung sehen die Tibeter das 17-Punkte-Abkommen nicht als völkerrechtlich gültig an.



Doch Mao schaffte Fakten. So marschiert die Chinesische Volksbefreiungsarmee am 9. September 1951 in Tibets Hauptstadt Lhasa ein. Tibetische Arbeiter mussten in den folgenden Jahren viele neue Straßen bauen, auf denen immer chinesische Soldaten in das Land kamen. Bis 1954 wurden

222.000 chinesische Soldaten in Tibet stationiert. Immer mehr nahm die Unterdrückung zu und Tibeter verstärkten den Guerillakampf gegen chinesische Soldaten. Im Februar 1956 brachen im Osten Tibets Unruhen aus. Mao zog rund 100.000 Soldaten dort zusammen, um die Revolte zu beenden. Klöster wurden bombardiert, buddhistische Mönche verhaftet und gefoltert sowie Klöster geplündert. Aus Angst vor einem Aufstand in Lhasa wurden 30.000 chinesische Soldaten in der Stadt zusammengezogen.

Als sich am 10. März 1959 das Gerücht in Lhasa verbreitete, der Dalai Lama, der höchste religiöse Würdenträger der Tibeter, solle in die chinesische Hauptstadt entführt werden, lehnten sich die Tibeter auf und ein Volksaufstand brach aus. Rund 30.000 Tibeter schützten

mit einer Menschenkette den Palast des Dalai Lama, dem mit einigen Begleitern die Flucht nach Indien gelang, wo er seither im Exil lebt. Die Demonstranten erklärten Tibet für unabhängig und zeigten Spruchbänder „Tibet den Tibetern“. In den Straßen Lhasas errichteten sie Barrikaden, weil sie mit einer Erstürmung der Stadt durch chinesische Soldaten rechneten.

Maos Rache für den Aufstand und die Flucht des Dalai Lama war blutig. Am 19. März brachen offene Kämpfe zwischen chinesischen Soldaten und Tibetern in Lhasa aus. Die Tibeter waren der mit moderner Ausrüstung ausgestatteten Volksbefreiungsarmee hoffnungslos unterlegen. Zwei Tage leisteten sie trotzdem Widerstand, dann wurden die 200 Angehörigen der Leibwache des Dalai Lama von chinesischen Soldaten entwaffnet und standrechtlich erschossen. In der Stadt richteten die Soldaten unter den Tibetern ein Blutbad an. Rund 86.000 Tibeter fielen dem blutigen Rachefeldzug in Zentral-Tibet zum Opfer. Auch die größeren Klöster (Sera, Ganden und Drepung) in Lhasa wurden beschossen. Die Klöster wurden systematisch geplündert, viele Mönche verschleppt oder zur Zwangsarbeit verpflichtet oder ermordet. Die Bewohner aller Häuser, in denen Waffen gefunden wurden, wurden hingerichtet.

Schon lange vor der Kulturrevolution ließ Mao in Tibet fast alle der 6254 Klöster, Tempel und anderen religiösen Stätten willkürlich entweihen, plündern und zerstören. Jahrhunderte alte Fresken wurden als Zielscheibe benutzt, mit Farbe beschmiert oder abgeschlagen. Nur 12 Klöster überstanden die Vernichtungsaktion. In Tibet starben bis zum Jahr 1965 durch Maos Kampagnen mehr als 173.000 Menschen in den Gefängnissen, weitere 156.000 wurden aufgrund ihrer ethnischen Abstammung hingerichtet, 343.000 Personen verhungerten und 432.000 Menschen wurden bei Kämpfen und Aufständen getötet.

Mit der Kulturrevolution erhöhte sich nochmals deutlich die Zahl der tibetischen Opfer. Unter Maos Herrschaft starben in Tibet rund 1,2 Millionen Menschen durch von Menschenhand ausgelöste Hungerkatastrophen, Arbeitslager, Exekutionen und Massaker (*Klemens Ludwig, Tibet, München 2006, S. 81*).

### 3.10 Mit einem „Großen Sprung nach vorne“ in die Katastrophe



Mit der im Frühjahr 1958 von Mao begonnenen Kampagne „Großer Sprung nach vorne“ sollte die Volksrepublik schnell von einem Agrarland zu einer Industrienation und kommunistischen Gesellschaft umgewandelt werden. Nach Maos Willen sollten die Ziele des Zweiten Fünf-Jahresplanes durch massive Investitionen in die Industrie in nur zwei Jahren verwirklicht werden. Die gezielte Förderung der Industrie

sollte mit verringertem Engagement in der Landwirtschaft erkaufte werden. Privates Landeigentum wurde im Jahr 1958 endgültig vollkommen verboten, alles Land musste von den Bauern gemeinschaftlich bewirtschaftet werden und die Bauern wurden in Kommunen von 100 bis 300 Familien zusammengefasst. Manche Volkskommunen umfassten aber auch bis zu 20.000 Haushalte. Fast das gesamte Privateigentum musste aufgegeben werden. Selbst einige wenige Hausschweine oder Hühner durften die chinesischen Bauern nicht mehr privat halten. Auch wurden alle religiösen und mystischen Einrichtungen in den ländlichen Gebieten verboten, stattdessen mussten Parteiversammlungen und Propaganda-Sitzungen abgehalten werden. Um billige Arbeitskräfte für die aufstrebende Industrie zu bekommen, wurden Millionen Bauern gedrängt, sich in den Städten anzusiedeln. Innerhalb von nur wenigen Jahren nahm die städtische Bevölkerung so um 31 Millionen Menschen zu.

Doch das Experiment endete in einer Katastrophe. Aufgrund der radikalen Umwälzungen in der Landwirtschaft, neuer Anbaumethoden, neuem Saatgut, der massiven Abwanderung von Arbeitskräften und von Naturkatastrophen konnten viele Felder nicht bestellt oder abgeerntet werden. Zunächst breitete sich in den ländlichen Gebieten eine Hungersnot, die 1961 auch die Städte erreichte. Die von Historikern geschätzte Zahl der Toten aufgrund der Hungerkatastrophe schwankt zwischen 23 und 55 Millionen Menschen.

Besonderes Aufsehen erregte die im Jahr 2014 auch in deutscher Sprache veröffentlichte Studie des an der Universität Hongkong lehrenden niederländischen Historikers und Sinologen Frank Dikötter, der Mao Massenmord vorwirft. Die Kampagne „Großer Sprung nach vorn“ sei der größte Massenmord der Geschichte gewesen und habe bis zu 45 Millionen Menschen das Leben gekostet, stellt der Historiker fest. Für Dikötter steht fest, dass die Hungertoten nicht einem Naturereignis zum Opfer fielen, sondern einer von Mao gesteuerten Kampagne. Tote waren kein Neben-Produkt oder kein Kollateralschaden, sondern es gab offiziell eine Todesquote. Kam einer von eintausend Bürgern bei einem Entwicklungsprojekt zu Tode, so war dies ohne Probleme vertretbar, erklärte Mao. Bis zu drei Toten pro eintausend Bewohner akzeptierte Mao gemäß dem Historiker (*South China Morning Post*, 23.2.2014). Mao nahm den Tod von Unbeteiligten billigend in Kauf, um bestimmte politische Ziele zu verwirklichen.

Selbst auf dem Höhepunkt der Hungertragödie strafte er innerparteiliche Kritiker des wahnwitzigen und mörderischen Programms „Großer Sprung nach vorn“ mit schlimmsten Sanktionen. Nachdem Verteidigungsminister Peng Dehuai auf einer Sitzung des Zentralkomitees der KP im Juli 1959 die durch das Programm verursachten Probleme offen ansprach, sorgte Mao dafür, dass er als „Konterrevolutionär“ und „Rechtsopportunist“ gebrandmarkt wurde, sein Ministeramt verlor und unter Hausarrest gestellt wurde. Erst in den Jahren 1961/1962 räumte auch Mao Fehler bei der Kampagne ein und stoppte das Programm.

Der frühere Journalist Yang Jisheng der staatlichen Nachrichtenagentur hat in unzähligen Interviews mit Augenzeugen die Schrecken der von Menschenhand verursachten

Hungertragödie dokumentiert. In seinem im Jahr 2008 veröffentlichten Buch *Tombstone: A Record of the Great Chinese Famine of the 1960s* berichtet er, wie eine Mutter in der Provinz Gansu so hungrig ist, dass sie ihre leibliche Tochter kocht und isst. Als die ältere Tochter merkt, dass sie die Nächste sein könnte, die verspeist wird, fleht sie ihre Mutter an: „Bitte esse mich nicht. Wenn ich älter sein werde, werde ich Dir das Leben bequem machen. Yang Jisheng wirft Mao vor, sich nicht für das Leben der einfachen Menschen interessiert zu haben, sondern von utopischen Phantasien geleitet worden zu sein. Doch nicht nur Mao trifft Schuld. Lokale Parteikader verschleierten systematisch die Wahrheit und das gewaltige Ausmaß des Leidens der Hungernden.

Die chinesische Historikerin Dr. Zhou Xun macht darauf aufmerksam, dass die Folgen der Hungertragödie bis heute zu spüren sind. Bei einer Reise in das Dorf Dwarfs (Provinz Sichuan) stieß sie im Jahr 2010 auf 20 stark körperbehinderte Personen. Alle waren während des „Großen Hungers“ geboren und litten seither unter der „Großen-Knochen-Krankheit (Medizinischer Fachbegriff: Kashin-Beck Krankheit)“. Die davon betroffenen Menschen leiden darunter, dass ihre Knochen nicht verbunden sind und sie daher meist nicht gehen können. Die Dorfbewohner erzählten, dass rund 70 Prozent aller während des Hungerdramas in dem Ort geborenen Kinder unter dieser seltsamen Krankheit litten. Rund ein Viertel der damals einhundert Dorfbewohner starb während der Hungerkatastrophe (*South China Morning Post*, 23.2.2014). Die an einer britischen Universität lehrende Historikerin veröffentlichte im Herbst 2013 das Buch *Forgotten Voices of Mao's Great Famine 1958 – 1962* (Yale University Press). In mehr als 200 Interviews dokumentiert sie Stimmen der Opfer von Maos Größenwahn und Unmenschlichkeit.

Die Umwelt ist auch Jahrzehnte nach der Katastrophe noch immer geprägt von den katastrophalen Folgen der fehlgeleiteten Politik. So wurden auch gegen den Rat von Hydrologen größere Waldflächen gerodet, um zahlreiche Staudämme zu errichten. Dies beschleunigte die Bodenerosion und den Verfall der Felder. Auch wurden dadurch Sandtürme ausgelöst und Reisfelder wurden zu Sandstränden und aus Ackerland wurden Sümpfe. Ein Drittel der Wälder im Nordwesten Chinas wurden damals zerstört. Bis heute leiden viele landwirtschaftlichen Regionen der Volksrepublik unter der starken Zunahme von Sandstürmen und der fortschreitenden Versteppung oder Wüstenbildung. Fünfzig Jahre nach der großen Hungertragödie haben sich die Lebensverhältnisse der meisten Überlebenden in den abgelegenen Dörfern nur wenig verbessert, stellt die Historikerin fest.

### 3.11 Uiguren fliehen aus ihrer Heimat

Auch Xinjiang (Ostturkestan) war von den Folgen des Programmes „Großer Sprung nach vorne“ und der Hungertragödie massiv betroffen. Die von Mao erzwungene Umstrukturierung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft zerstörte die Lebensgrundlage von hunderttausenden Nomaden. Denn für sie gab es in der radikal umstrukturierten und kollektivierten Landwirtschaft keinen Platz mehr. Auch kamen

hunderttausende Hungerflüchtlinge aus dem Osten Chinas in der Hoffnung, ihr Überleben sichern zu können. Allein in den Jahren 1959 / 1960 wurden jährlich rund 800.000 Han-Chinesen als Zuwanderer in Ostturkestan registriert (*Sabine Dabringhaus, Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 141*). Die Migranten stießen bei den einheimischen Uiguren und anderen in Ostturkestan lebenden Turkvölkern zumeist auf Ablehnung, da sich mit ihrer Zuwanderung die Besiedlungsstruktur der Region nachteilig für die Uiguren entwickelte. So wurden Uiguren im öffentlichen Leben immer mehr in den Hintergrund gedrängt, obwohl sie seit Jahrhunderten die größte Bevölkerungsgruppe der Region stellten.

Enttäuscht wandten sich viele einheimische Uiguren dann auch von China ab und gaben dem Werben der Sowjetunion nach, die ihnen ein besseres Leben in der Sowjetunion versprach. Fast 500.000 Uiguren, Kasachen und Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen wanderten im Jahr 1962 aus China aus und suchten in der Sowjetunion ein besseres Leben (*Christian Tyler, Wild West China, S. 147*). Das offizielle China, das sich seit langem mit der Sowjetunion über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze stritt und sich in einer unerklärten Konkurrenz zur anderen kommunistischen Macht befand, war wütend und enttäuscht aufgrund des durch die Massenflucht verursachten Imageverlustes. Bis heute wollen die chinesischen Behörden das dramatische Ausmaß des Massenexodus nicht einräumen und sprechen von nur 60.000 Uiguren, die sich in der Sowjetunion niederließen.

Um den Exodus der vielen Uiguren auszugleichen und um die unsichere Grenze zur Sowjetunion besser zu sichern, siedelte China daraufhin 341.500 ehemalige chinesische Soldaten in 58 Staatsfarmen in Ostturkestan an. Die im *Xinjiang Production and Construction Corps (XPCC)* zusammengefassten Militärs und ihre Nachkommen leben bis heute in der Region und werden noch immer als stille, aber auch wirtschaftlich mächtige Streitmacht Chinas in der Auseinandersetzung mit den einheimischen Uiguren gesehen. Bei öffentlichen Protesten von Uiguren werden regelmäßig auch Milizen aus den XPCC zur Unterstützung chinesischer Sicherheitskräfte herbeigerufen. Die XPCC ist bis heute ein Staat im Staate. Sie verfügt über eine eigene Gerichtsbarkeit und über die bedeutendsten Wirtschaftsunternehmen der Region.

### **3.12 Folgen der Atomtests unüberschaubar**

Der Uigure Enver Tohti besuchte die Grundschule in seiner Heimat Xinjiang (Ostturkestan), als er und seine Mitschüler ein seltsames Phänomen erlebten. „Drei Tage lang hatten wir den Eindruck, dass die Erde vom Himmel fiel. Wir sahen nicht mehr die Sonne und nicht mehr den Mond. Es war windstill, alles war dunstig und vom Himmel regnete es Staub und Asche“, berichtet Enver Tohti. Als die verängstigten Kinder ihre Lehrerin fragten, was denn da draußen Merkwürdiges passiere, erklärte sie, es sei ein Planeten-Sturm.

Doch die wahre Erklärung hielt sie vor den Kindern zurück, weil sie bedrückend war. Es war kein Natur-Phänomen, sondern Ausdruck von Maos Machtstreben. Denn die Kinder

## Japan/China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen statt leugnen

beobachteten im Jahr 1973 die Folgen eines chinesischen Atomtests im nahen Atomtestgelände Lop Nor.

Im Oktober 1959 hat China mit sowjetischer Hilfe die Atomtest-Basis Lop Nor eingerichtet. Das rund 20.000 Quadratkilometer große Gelände liegt auf einem ausgetrockneten Salzsee zwischen den Wüsten Taklamakan und Kumtag. Das Gelände besteht aus vier Testgebieten, in denen 45 chinesische Atomtests zwischen 1964 und 1996 durchgeführt wurden. In der Atmosphäre wurden 23 Kernwaffenversuche erprobt, unterirdisch waren es 22 Experimente. Die unterirdischen Tests wurden jedoch nicht unter der Erde durchgeführt, sondern in Stollen in einem Bergmassiv.

Den jungen Enver hat die seltsame Himmelserscheinung nicht losgelassen. Während er in China war, durfte er über seine Erlebnisse und Ängste nicht offen reden. Doch als er in den 90er-Jahren im Rahmen seiner medizinischen Ausbildung in die Türkei kam, konnte er erstmals öffentlich über die Kernwaffentests reden. Heute lebt er als Chirurg in London und hat sich zu seinem Lebensziel gesetzt, den Mantel des Schweigens über Chinas Atomversuchen und ihren Folgen zu lüften. Seither publiziert er über Demonstrationen in Xinjiang gegen das Atomtestzentrum und informiert über die möglichen Folgen der Atomversuche. Nach Auswertung von statistischen Angaben, der Befragung von Ärzten und Augenzeugen ist er überzeugt, dass die Atomversuche katastrophale gesundheitliche und ökologische Folgen für die Uiguren hatten. Tohti geht davon aus, dass die Krebsraten in der Autonomen Region Xinjiang aufgrund der Atomtests 30 bis 35 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegen (*50 Years after Test 596: China's Nuclear Programme in East Turkestan and its Impact Today, Conference Report, European Parliament, 29.2.2012*).

Intensiv beschäftigte sich auch der japanische Arzt und Wissenschaftler Jun Takada von der Medizinischen Fakultät der Universität Sapporo mit den möglichen Folgen der chinesischen Atomversuche. Takada geht davon aus, dass bis zu 190.000 Menschen in Xinjiang an den Folgen der Atomtests gestorben sein könnten. Da China seine Einreise und Recherchen in der Nähe des Atomtestgeländes nicht gestattet, hat er Datensätze von Recherchen bei den Anwohnern des sowjetischen Kernwaffenzentrums in Semipalatinsk in Kasachstan auf China übertragen (*Scientific American, 15.6.2009*). Professor Takada schätzt, dass bis zu 1,48 Millionen Menschen in Xinjiang dem radioaktiven Fallout nach Atomversuchen in der



Atmosphäre ausgesetzt waren (*Digital Journal, 20.4.2009*). Alarmierend sind auch Berichte aus den Krankenhäusern in Xinjiang über hohe Raten von Neugeborenen mit starken Körperbehinderungen. Auch sind die Krebsraten noch immer sehr hoch. Um alle Folgen der Kernwaffenversuche zu ermitteln,

müssten die chinesischen Behörden eine umfassende Untersuchung der medizinischen und ökologischen Folgen der Atomtests durch unabhängige Wissenschaftler gestatten. Doch dazu sind die chinesischen Behörden bislang nicht bereit.

Nicht nur die Zivilbevölkerung in Xinjiang war und ist wahrscheinlich massiv von den Folgen der Atomversuche betroffen. Rund 100.000 chinesische Soldaten taten in der Einheit 8023 ihren Dienst, die in dem Atomversuchszentrum stationiert war. Der Veteran Liu nahm als 18-jähriger im Jahr 1979 seinen Dienst in Lop Nor auf und besuchte während seiner zehn Dienstjahre fünfmal Explosionsorte von Kernwaffentests. Als Schutz bekam er nichts außer seiner Uniform und auch nach dem Aufenthalt an den radioaktiv verstrahlten Orten wurde er nicht dekontaminiert oder medizinisch auf erhöhte radioaktive Belastung untersucht (*Epoch Times*, 13.3.2012). Später erkrankte er schwer, doch er bekam erst nach Jahren eine kleine Entschädigung zugesprochen. Von zehn Veteranen, die er noch aus der gemeinsamen Zeit bei der Einheit 8023 kennt, sind bereits zwei im Alter von rund 45 Jahren an Krebs gestorben. Auch Liu geht es gesundheitlich noch immer sehr schlecht. Aber die chinesischen Veteranen bekommen zumindest seit dem Jahr 2009 eine kleine Entschädigung von den Behörden, während das Leiden der Zivilbevölkerung vollkommen missachtet wird.

Das Atomversuchszentrum ist inzwischen geschlossen. Seit Mitte der 1990er-Jahre wird auf dem Gelände in einer Bergbau-Mine Kali abgebaut. Für Maos Traum von der Atommacht China haben hunderttausende Uiguren und Chinesen mit schweren gesundheitlichen Folgen bezahlen müssen.

### **3.13 Kulturrevolution bringt noch mehr Willkür, Terror und Schrecken**

Die von Mao Zedong angeregte so genannte „Große Proletarische Kulturrevolution“ (1966-1976) brachte ein Ausmaß von Willkür, Schrecken und Terror in das Leben aller Chinesinnen und Chinesen, das vieles in den Schatten stellte, was in den vergangenen 17 Jahren der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas an Gewalt im Namen des Sozialismus verübt wurde. Die von Historikern genannten Opferzahlen gehen weit auseinander und liegen zumeist zwischen 1,6 und 7,7 Millionen Menschen.

Als besonders grausam und unberechenbar empfanden viele Chinesinnen und Chinesen den Terror der Roten Garden, der hunderttausenden Menschen ihre wirtschaftliche Existenz oder sogar ihr Leben kostete. Die oft jugendlichen Rotgardisten wurden von Mao ermutigt, auch mit brutaler körperlicher Gewalt gegen ältere Generationen und Autoritätspersonen vorzugehen. Pogromartige Szenen spielten sich in vielen Städten ab. Besonders gefürchtet waren die Hausdurchsuchungen und Verhöre durch die Roten Garden. So wurden in der Stadt Wuhan bei 21.000 Hausdurchsuchungen 32 Menschen erschlagen, 32 weitere Personen begingen danach Selbstmord. Zehntausende Wohnungen von vermeintlichen „Konterrevolutionären“ wurden beschlagnahmt. Insgesamt wurden während der vier Phasen

der Kulturrevolution rund vier Millionen Funktionäre und 400.000 Soldaten festgenommen. 142.000 Lehrer, 53.000 Wissenschaftler, 500 Medizin-Professoren und 2.600 Künstler und Autoren wurden verfolgt. Viele wurden ermordet oder suchten den Freitod, weil sie ihre Lage als aussichtslos empfanden (*Stéphane Courtois, Schwarzbuch des Kommunismus, S. 583*).



Auf dem Foto links sieht man Ouyang Xiang, den Sohn des ehemaligen Provinz-Parteikomitees von Heilongjiang. Er wurde angeklagt, weil er seinen in Ungnade gefallenen Vater verteidigt hatte. Mehrere Tage, nachdem dieses Foto gemacht wurde, wurde Ouyang Xiang aus dem Fenster eines Amtsgebäudes

gestoßen. Im offiziellen Bericht war von Selbstmord die Rede.

So bizarr die Gewaltorgie auch wirkte, so verfolgte Mao doch klare politische Ziele mit ihr. Mao wollte seine Nachfolge neu regeln und Lin Biao statt Liu Shaoqi als neuen „Kronprinzen“ etablieren. Auch sollten die jungen Menschen, die die Gründung der Volksrepublik nicht erlebt hatten, „revolutionäre Erfahrung“ sammeln. Zusätzlich wollte er durch die Erhöhung des revolutionären Potentials die Gesellschaft insgesamt umstrukturieren. Um einer Bürokratisierung entgegen zu wirken, sollten sich die Kader der Kritik der „Massen“ unterziehen und ihr Einfluss eingedämmt werden.

Für die Volksrepublik China bedeutete die Kulturrevolution nicht nur zehn Jahre Stillstand und Rückschritt, sondern auch die Traumatisierung von hunderten Millionen Menschen.

### **3.14 Mongolen leiden besonders unter Kulturrevolution**

Zwischen 1967 und 1969 eskalierte die Kulturrevolution vor allem in der Inneren Mongolei. Denn die Kommunistische Partei behauptete, die 1947 aufgelöste und in die KP-Chinas integrierte Volkspartei sei von Mongolen heimlich neu gegründet worden und ihre Anhänger müssten nun eliminiert werden, da sie „Konterrevolutionäre“ seien. So wurden zwischen Februar und Mai 1968 rund 300.000 Mongolen Verhören unterzogen, gefoltert oder eingeschüchtert und verfolgt. Zahllose Mongolen verübten Selbstmord oder wurden hingerichtet. Rund 300.000 Menschen wurden verletzt und 20.000 Mongolen kamen zu Tode (*Sabine Dabringhaus, Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert, S. 140*). Mongolen sprechen sogar von mehr als 250.000 Toten (*Inner Mongolian People's Party, www.innermongolia.org*).